

Landtags- und Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Niedersachsen

September 2006

**Wahlbericht und Analyse
von Benjamin-Immanuel Hoff**

Stand: 19. September 2006, 17:32 Uhr

Inhalt

Vorbehalt.....	3
Zusammenfassung der Ergebnisse vom 17. September 2006	4
1. Mecklenburg-Vorpommern.....	4
2. Berlin	5
3. Bei rot-schwarzer Koalition in Schwerin, hätten CDU und SPD im Bundesrat eine verfassungsändernde Mehrheit.....	6
4. Generelle Einschätzung des Ergebnisses für die Linkspartei.PDS.....	7
Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern vom 17. September 2006: SPD und CDU verlieren, Linkspartei.PDS legt zu, Liberale und Neonazis ziehen in den Landtag ein.....	13
1. Die Ausgangslage	13
1.1. Große Unsicherheit bei den Wählerinnen und Wählern	13
1.2. Weder große Sympathie zu Rot-Rot noch ausgeprägte Wechselstimmung.....	14
1.3. Bewertung der allgemeinen Lage und der Parteikompetenzen	18
2. Der Wahlkampf und die Wahlgründe.....	20
2.1. Koalitionspräferenzen	20
2.2. Gründe der Wahlentscheidung und wichtige politische Themen	21
2.3. Die NPD im Wahlkampf Mecklenburg-Vorpommerns	21
3. Das Wahlergebnis vom 17. September 2006	23
3.1. Allgemeine Einschätzung und erste Ergebnisse	23
3.2. Das Wahlergebnis im Einzelnen	24
3.2.1. Wählerinnen und Wähler.....	24
3.2.2. Wähler/innenwanderung	26
3.3. Die Ergebnisse der Linkspartei.PDS und ihre gewählten Abgeordneten	27
Die Wahlen und Volksabstimmung in Berlin vom 17. September 2006: SPD und Grüne gewinnen die Wahl – Linkspartei.PDS, CDU und FDP verlieren.	28
1. Ausgangslage	28
1.1. Keine ausgeprägte Wechselstimmung aber absehbarer Zugewinn für die Grünen ...	30
1.2. Bewertung der Parteikompetenzen.....	32
2. Der Wahlkampf und die Wahlgründe.....	32
2.1. Koalitionspräferenzen	33
2.2. Wichtige politische Themen.....	34
3. Ergebnisse der Wahlen und der Volksabstimmung am 17. September 2006	35
3.1. Allgemeine Einschätzung und erste Ergebnisse	36
3.1.1. Das Ergebnis der Volksabstimmung über mehr Direkte Demokratie in Berlin ...	37
3.2. Das Wahlergebnis im Einzelnen	37
3.2.2. Wähler/innenwanderung	38
3.3. Die Ergebnisse der Linkspartei.PDS bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen und ihre Abgeordneten im Landesparlament.....	39
Die Kommunalwahl in Niedersachsen am 10. September 2006: Bestätigung des hessischen Kommunalwählerfolgs der Linken – aber keine Blaupause für die Landtagswahl 2008	40
1. Ausgangslage	40
1.1. WASG und Linkspartei.PDS im Kommunalwahlkampf Niedersachsens	42
2. Das Wahlergebnis vom 10. September 2006	42
2.1. Das Wahlergebnis von WASG und Linkspartei.PDS und seine Bewertung	43
Der Autor.....	49
Bisher erschienene Wahl- und Umfrageanalysen	49

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Vorläufige Ergebnisse der Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern am 17.09.2006	4
Tab. 2: Bundesratszusammenstetzung vor dem 17. September 2006	6
Tab. 4: Parteikompetenzen im Mecklenburg-Vorpommern-TREND August II 2006 ggü. 2002 (in %)..	19
Tab. 5: Umfragen zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern seit September 2005.....	20
Tab. 6: Erst- und Zweitstimmenergebnis der Landtagswahl 2006 im Vergleich zu früheren Wahlen	23
Tab. 7: Wer wählte wen in Mecklenburg-Vorpommern (in %)?	24
Tab. 8: Wer wählte die NPD (in %)?	25
Tab. 9: WählerInnenwanderungen.....	26
Tab. 10: Die Abgeordneten der Linkspartei.PDS	27
Tab. 11 Abgeordnetenhauswahlen Berlin 2001 - 1999 (Zweitstimmen)	28
Tab. 13: Parteikompetenzen im Berlin-TREND September 2006 (in %)	32
Tab. 14: Umfragen zur Abgeordnetenhauswahl August/September 2006 und August 2005 (in%).....	33
Tab. 15: Erst- und Zweitstimmenergebnis Abgeordnetenhauswahl 2006 im Vergleich zu früheren Wahlen.....	35
Tab. 16: Ergebnis der Volksabstimmung zur Direkten Demokratie (in%)	37
Tab. 17: Wer wählte wen in Berlin? (in %)?	38
Tab. 18: WählerInnenwanderungen.....	38
Tab. 19: Ergebnis der BVV-Wahlen (=Kommunalwahl)	39
Tab. 20: Die Abgeordneten der Linkspartei.PDS	39
Tab. 21: Zweitstimmenergebnisse früherer Bundestags- bzw. Landtagswahlen (in %).....	40
Tab. 22: Parteikompetenzen im Niedersachsen-TREND August 2006 (in %)	40
Tab. 23: Die Ergebnisse der Linkspartei.PDS- und WASG-Listen bei der Kommunalwahl 2006	47

Vorbehalt

Die in der Regel als Wahlnachtberichterstattungen erscheinenden Analysen basieren auf den öffentlich zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen. Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen. Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

Zusammenfassung der Ergebnisse vom 17. September 2006

Die beiden einzigen rot-roten Landesregierungen in Deutschland stellten sich am 17. September 2006 dem Votum der Wählerinnen und Wähler. In Berlin waren 2,43 Millionen Stimmberechtigte und in Mecklenburg-Vorpommern 1,42 Millionen Bürgerinnen und Bürger zur Wahl aufgerufen.

Tab. 1: Vorläufige Ergebnisse der Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern am 17.09.2006

Bundesland	Einheit	Wahlbet.	Zweitstimmenanteile 2006					
			SPD	CDU	L.PDS	FDP	Grüne	Sonst.
Berlin	%	58,0	30,8	21,3	13,4	7,6	13,1	13,7
Mecklenburg-Vorp.	%	59,2	30,2	28,8	16,8	9,6	3,4	11,2
Vorherige Landtagswahl								
Berlin	%	68,1	29,7	23,8	22,6	9,9	9,1	4,9
Mecklenburg-Vorp.	%	70,6	40,6	31,4	16,4	4,7	2,6	4,4
Veränderung gegenüber der vorherigen Landtagswahl								
Berlin	%	-10,1	1,1	-2,5	-9,2	-2,3	4,4	8,9
Mecklenburg-Vorp.	%	-11,4	-10,4	-2,6	0,4	4,9	0,8	6,8

1. Mecklenburg-Vorpommern

Die **Wahlbeteiligung** war mit 59,2 % so niedrig wie noch nie bei einer Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Vor vier Jahren hatten noch 70,6 % der Stimmberechtigten am Urnengang teilgenommen. In diesem Jahr fand erstmals eine Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern nicht parallel zu einer Bundestagswahl statt.

Die **Linkspartei.PDS** hat ihr Wahlziel, stärker zu werden als bei der vorangegangenen Landtagswahl erreicht. Wenn auch knapp, konnte sie doch ihr Ergebnis steigern.

Setzt man das Wahlergebnis für die Linke ins Verhältnis zum Absturz der **SPD**, die auf ihr Stimmergebnis von 1994 zurückgeworfen wurde, so kann festgehalten werden, dass die Linkspartei.PDS in der Koalition gestärkt wurde, während die SPD verloren hat.

Die gering ausgeprägte Wechselneigung der Wählerinnen und Wähler suchte sich ihr Unzufriedenheitsventil in Wahlenthaltung und durch die Wahl der NPD.

Die **bürgerlichen Parteien** konnten zu rot-rot keine Alternative entwickeln. Im bürgerlichen Lager wurden die Stimmen von der CDU zur FDP umverteilt. Bürgerliche Wählerinnen und Wähler, die 2002 aus Alternativlosigkeit für Ringstorff stimmten, wanderten nun zu den Liberalen ab.

Die rechtsextreme **NPD** schafft mit 7,3 % erstmals den Sprung in den Schweriner Landtag. In drei der sechs ostdeutschen Landtage sind nunmehr rechtsextreme Fraktionen vertreten (2 x NPD und 1 x DVU). Der Wahlkampfleiter und sächsische Fraktionsvorsitzende Holger Apfel sah die NPD nunmehr "in der Mitte der Gesellschaft angekommen" und erklärte "Wir werden in den kommenden Jahren Stück für Stück Bundesland für Bundesland erobern. Gemeinsam mit der Achse Schwerin-Dresden wird es uns gelingen, die Republik aufzurollen."

Eine **rot-rote Koalition** käme künftig auf 36 von 71 Sitzen im Landtag und würde damit die knappste aller Mehrheiten stellen. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen, z.B. in der Kreisreform äußerte sich Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD) zunächst nicht zu einer Koalitionsbildung, sondern kündigte für die nächsten Tage "ergebnisoffene Sondierungsgespräche" mit Vertretern der CDU und der Linkspartei an. Anschließend werde der SPD-Landesvorstand

nach "sachlichen Gesichtspunkten" entscheiden, mit welcher Partei Koalitionsverhandlungen geführt würden. Eine Große Koalition aus Sozial- und Christdemokraten hätte mit 45 Sitzen eine klare absolute Mehrheit im Schweriner Landtag.

Eine **Koalition aus SPD und CDU** wäre angesichts des Wahlergebnisses ein Bündnis der Wahlverlierer. Die CDU sank auf den niedrigsten Wert bei einer Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ab und die SPD verlor ein Viertel ihrer Wählerinnen und Wähler.

2. Berlin

Die **Wahlbeteiligung** lag mit 58% deutlich unter den Werten, die bei den vergangenen Abgeordnetenhauswahlen, unabhängig von der stark politisierten Wahl 2001, erreicht wurden. Die Ursachen dafür dürften vielschichtig sein. Resignation und das Gefühl, mit der eigenen Stimme nichts ausrichten zu können dürften ebenso wie die weitgehend feststehende Entscheidung, Wovoreit wird – in welcher Konstellation auch immer regieren – ihren Anteil dazu beigetragen haben.

Die SPD wird erneut klar stärkste Partei. Erfolgsgarant ist dabei Klaus Wowereit, aber auch Arbeit und Ansehen der SPD vor Ort werden gut bewertet. 73% der Berlinerinnen und Berlin bescheinigen Klaus Wowereit im Roten Rathaus eher gute und 22% eher schlechte Arbeit. Auf der +5/-5-Skala erreicht der Amtsinhaber den sehr guten Wert 1,7, Herausforderer Friedbert Pflüger (CDU) liegt mit minus 0,5 dagegen im Negativbereich. Bei den politischen, vor allem aber persönlichen Eigenschaften lässt Wowereit seinen Kontrahenten weit hinter sich. Für 59% passt Wowereit besser zur Hauptstadt, gerade 11% nennen hier Pflüger.¹

Die **Linkspartei.PDS** hat ihr primäres Wahlziel nicht erreicht. Sie wollte 17+x der Stimmen gewinnen, fiel jedoch noch hinter ihr Ergebnis von 1995 zurück, als sie bei der Abgeordnetenhauswahl 15% erreichte. Insgesamt verlor die Linke:

- über 9% der Zweitstimmen,
- die Mehrheit in Ostberlin an die SPD,
- die Mehrheit ihrer Ostberliner Wahlkreise an die SPD.

Im Westteil der Stadt rutschte sie unter 5%.

Die Linkspartei.PDS konnte mit den 185.086 gewonnenen Wählerinnen und Wähler zum vierten Mal in Folge den Platz drei im Berliner Parteiensystem behaupten und könnte gemeinsam mit der SPD die Regierung stellen.

Die Gründe für die offensichtliche Wahlniederlage sind so vielschichtig, wie die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler zuhause zu bleiben, die SPD oder die WASG zu wählen. Enttäuschung über das, was in der Regierung geleistet werden konnte und das Bild einer uneinigen Linken sind zwei davon.

Hinzu kommt, dass sich die Rahmenbedingungen der Parlamentswahlen deutlich veränderten. Es ist dazu hilfreich, sich die spezifischen Gründe der WählerInnen für ein Votum für die PDS ins Gedächtnis zurückzurufen und mit den Bedingungen des Jahres 2006, einschließlich des 2002 erfolgten Gysi-Rücktritts und der damit verbundenen Entzauberung der Regierungsarbeit zu kontrastieren:

- Der Wahlerfolg 2001 war Ausdruck des erklärten Willens vieler Ostberliner, in herausgehobener Position an der Gestaltung der Geschichte Berlins beteiligt zu werden. Jeder zweite hätte sich bei einer Direktwahl des Regierenden Bürgermeisters für Gregor Gysi entschieden. Gysi stand für die PDS-Wähler nicht nur für die bessere Vertretung Ostberliner Interessen, er verkörperte vor allem die gelungene Selbstbehauptung von Ostdeutschen im vereinten Deutschland.
- Einen zusätzlichen Schub erhielt die PDS durch die US-Angriffe gegen Afghanistan. Für 7 von 10 PDS-Wählern war die ablehnende Haltung der PDS gegenüber dem Militäreinsatz ein ausschlaggebendes Motiv für ihre Wahlentscheidung.

¹ http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahlanalyse_Berlin/

- Dies hat dazu geführt, dass auch ehemalige Wähler der Grünen vornehmlich aus den westlichen Stadtbezirken diesmal die Sozialisten wählten und damit der PDS dort erstmals über die 5-%Hürde verhalfen.
- Insgesamt ist dieser Wahlerfolg für die PDS aber weniger Ausdruck des Protestes von Vereinigungsverlierern und Kriegsgegnern sondern der erklärte Wille der PDS-Wähler, mit Sitz und Stimme im künftigen Berliner Senat vertreten zu sein.²

Die erstmals angetretene **WASG** hat den Sprung in das Abgeordnetenhaus verpasst. Sie erreichte im Westteil der Stadt 2,7% und blieb in der Gesamtstadt unter 3%. Ihr Wahlziel, die Linkspartei zu schwächen, hat sie vollumfänglich erreicht. Dafür waren weniger die 17.000 Stimmen, die von der Linkspartei zur WASG wechselten verantwortlich als das Bild einer unheitlichen Linken und die Stigmatisierung der Linkspartei als „neoliberal“.

Wie in Mecklenburg-Vorpommern konnten die **bürgerlichen Parteien** auch in der Hauptstadt keine Alternative zur amtierenden Koalition entwickeln. Sowohl die CDU als auch die FDP verloren an Zuspruch und gaben zusammen 58.000 Stimmen an das Nichtwählerlager ab. Die CDU, die bereits 2001 das niedrigste Wahlergebnis der Nachkriegsgeschichte erlitten hatte, unterbot dieses Ergebnis mit ihrem Spitzenkandidaten Friedbert Pflüger noch einmal.

Sieger der Abgeordnetenhauswahl 2006 sind die **Grünen**, die nach 11 Jahren wieder ein Stimmresultat von 13% erreichen. Gleichwohl verbleiben die Grünen, wie seit 1995 auf dem vierten Platz im Parteiensystem und erringen gerade soviel Mandate, wie zur Mehrheitssicherung einer rot-grünen Koalition benötigt würden. Auch sie werden nun mit der SPD in Sondierungsverhandlungen abschätzen, ob eine Koalition möglich wäre.

In den Koalitionspräferenzen spricht sich eine Mehrheit für eine rot-grüne Koalition aus, doch immerhin 33% wollen eine rot-rote Koalition. Eine große Koalition wurde, nach Angaben von Forsa, durch die Wahlberechtigten am 17. September 2006 abgelehnt.³

3. Bei rot-schwarzer Koalition in Schwerin, hätten CDU und SPD im Bundesrat eine verfassungsändernde Mehrheit

Tab. 2: Bundesratszusammensetzung vor dem 17. September 2006

Schwarz-Rot		Union-Alleinregier.		Rot-Gelb		Rot-Rot		Schwarz-Gelb	
Land	Stimmen	Land	Stimmen	Land	Stimmen	Land	Stimmen	Land	Stimmen
BRB	4	BAY	6	RLP	4	BLN	4	BAWÜ	6
HB	3	HES	5			MVP	3	NDS	6
SWH	4	HH	3					NRW	6
SAC	4	SAAR	3						
		THÜ	4						
Gesamt	15	Gesamt	21	Gesamt	4	Gesamt	7	Gesamt	22

Die Große Koalition auf Bundesebene verfügte bis zum Wahlabend mit den fünf schwarz-roten Koalitionen und den sechs jeweiligen Alleinregierungen über 44 Stimmen und damit über die notwendigen 50%+x der insgesamt 69 Bundesratsstimmen, also die Mehrheit im Bundesrat. Alle einfachgesetzlichen Regelungen können ohne Beteiligung der Oppositionsparteien durchgesetzt werden. Zu einer verfassungsändernden Mehrheit fehlten ihr jedoch zwei Stimmen.

Sollten sich SPD und CDU in Mecklenburg-Vorpommern angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse eines fortgesetzten rot-roten Bündnisses zur Bildung einer rot-schwarzen Koalition entschließen, könnte die Koalition im Bund neben dem Bundestag auch in der zweiten Kammer, dem Bundesrat verfassungsändernde Gesetze ohne Beteiligung einer Oppositionspartei im Bund, die in einem Bundesland mitregiert, durchsetzen.

² Infratest dimap 2001, WahlREPORT Abgeordnetenhauswahl Berlin 2001, <http://www.infratest-dimap.de/?id=88>.

³ http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahlanalyse_Berlin/

Sollte es in Berlin zu einer rot-grünen oder zu einer rot-roten Regierung kommen, wäre für die Bundesratskonstellation, egal ob in Schwerin rot-rot oder rot-schwarz regieren wird, egal.

Bereits die vergangenen Monate haben gezeigt, dass der Bundesrat weniger Ort der parteipolitischen Lagerbildung, sondern zur Arena der Länderinteressen wird. Er findet damit einerseits zu seiner eigentlichen Funktion zurück. Andererseits erschwert dies der Bundesregierung – angesichts selbstbewusster Ministerpräsidenten – das Leben durchaus.

4. Generelle Einschätzung des Ergebnisses für die Linkspartei.PDS

Das Wahlergebnis verweist sowohl auf strukturelle Veränderungen in der Parteienlandschaft bzw. den Wahlsegmenten der Linkspartei.PDS als auch auf Resultate innerparteilicher Debatten und ihrer öffentlichkeitswirksamen Ausprägung. Nachfolgend einige Thesen, die in den kommenden Wochen im Lichte tiefergehender Auswertungen der vorliegenden Daten verifiziert werden müssen. Grundsätzlich gilt, dass bei der Bewertung der Wahlergebnisse die Datengrundlage und nicht ein ausschließlich instrumentelles Bekenntnis zu Regierungsbeteiligungen, das eigentlich der Vorstellung des baldmöglichsten Ausstiegs daraus folgt, als Maßstab angelegt werden sollten.

a.) Verloren haben die Großparteien

In beiden Ländern haben die etablierten Parteien sowohl an das Spektrum der NichtwählerInnen verloren, als auch an die Gruppe der „Anderen Parteien“. Aufgrund ihrer spezifischen Struktur und ihrer Rolle im ostdeutschen Parteiensystem ist neben SPD und CDU auch die Linkspartei von diesem Trend betroffen.

Die Gründe für Wahlenthaltung sind vielfältig. Allgemein gelten als Gründe:⁴

Das Verständnis dafür, dass wählen in einer Demokratie zur Bürgerpflicht gehört (Wahlpflichtgefühl, Wahlnorm) ist seit Jahren und insbesondere bei jungen Menschen rückläufig.

Zunehmend weniger Menschen weisen eine Parteiidentifikation auf, die zudem in ihrer Intensität rückläufig ist. Dies vor allem auf schwächer werdende Milieu- und Gruppenbindungen zurückzuführen.

Nicht nur politisch Uninteressierte üben Wahlenthaltung, sondern die Wahlbeteiligung ist auch bei politisch Interessierten rückläufig. Ihre Beteiligungsbereitschaft sinkt ab, vor allem wenn die Wahlnorm nur gering ausgeprägt ist. Die Zahl der politisch Interessierten ist in den letzten Jahren so angewachsen, dass die politisch Uninteressierten nicht mehr die Mehrheit der NichtwählerInnen stellen.

Während sich Einstellungen zum politischen System und seinen Institutionen eher langfristig und diffus herausbilden, sind Einstellungen gegenüber den Leistungen und den Akteuren des politischen Systems eher kurzfristig wandelbar und output-abhängig. Es ist jedoch zu beobachten, dass auch diese langfristigen Bindungen sind wandeln.

Das Vertrauen in die Institutionen nimmt generell ab. Im Osten viel stärker als im Westen. Abnehmendes Vertrauen in die Regierung korrespondiert mit einer wachsenden Abkehr vom politischen System der Parteipolitik. Zwei Drittel äußern in Befragungen die Auffassung, dass die Probleme in Deutschland so groß sind, dass keine Partei sie lösen könne. Mit der Großen Koalition sind auch Alternativen verschwunden – die Funktion der Landtagswahl als Bundestestwahl macht keinen Sinn mehr, da es keine Opposition mehr zu wählen gibt. Die Wahl der Grünen in Berlin 2006 steht dem nicht entgegen, denn 2001 wurden die Grünen in Berlin nicht gewählt, weil sie im Bund in einer als Verliererregierung wahrgenommenen Koalition saßen und am Afghanistan-Krieg beteiligt waren.

In der Süddeutschen Zeitung greift Schwennicke diesen Gedanken unter dem Stichwort „Zerfranste Demokratie“ auf und merkt an:

⁴ Claudio Caballero 2005, Nichtwahl, in: Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden, S. 345ff.

„(...) Es werden noch weniger Wähler zur Wahl gehen; und die, die wählen gehen, wählen zunehmend wunderlich. (...) Die Wähler kaufen das Angebot der Großparteien nicht am Stück. Sie filetieren sie, sie suchen sich heraus was ihnen passt, was sie als auf sich zugeschnitten erachten. Sie spüren die Defizite der großen Parteien und suchen sich dafür eine eigene Partei. (...) Die großen Parteien müssen die Pluralität in sich selbst zur Verfügung stellen und überzeugend anbieten (...) Elternpartei, Kinderpartei, Altenpartei, Tierpartei, Bildungspartei, Gewinnerpartei, Verliererpartei in einem sein.“⁵

Auch wenn Kleinparteien, wie der Parteienforscher Mintzel feststellte, wichtige „Restverwertungs-Funktionen“ sehr verschiedener Art wahrnehmen und dadurch zu den funktionsnotwendigen „Helfern“ von Großparteien gehören⁶, gerät dies in eine Schieflage: Dann wenn Großparteien ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Mintzels Bild der Großpartei stimmt jedoch nicht mehr, denn er formulierte, verkürzt wiedergegeben:

„Die enge Wechselbeziehung zwischen wachsenden Staatsaufgaben und wachsender Staats-tätigkeit und der organisationspolitischen Entwicklung der Großparteien sind unverkennbar (...) Organisationspolitischer Imperativ ist nicht allein die Wählermobilisierung und der unmittelbare Wahlerfolg, sondern die permanente Organisation/Beschaffung von Unterstützung und Loyalität für die Entscheidungen auf allen Ebenen und in allen Funktionsbereichen des gesellschaftlichen Lebens“.⁷

Abnehmende Staatlichkeit und Staatsaufgaben und eine Diffusion der Großparteien sowie anderer gesellschaftlicher Organisationen, Kirchen, Gewerkschaften etc. tragen somit dazu bei, dass Wahlenthaltung oder die Zuneigung zu kleineren Parteien zunehmen. Vor allem dann, wenn eine Große Koalition zur Einebnung politisch wahrnehmbarer Konflikte führt. Für die Linkspartei sollte aus der Wahlanalyse einerseits die seit Jahren thematisierte Re-Organisation ihres Umfeldes, früher wäre vom parteipolitischen Vorfeld gesprochen worden, zu betreiben und in diesem Sinne zu einer Funktionsbestimmung als „Kümmerer-Partei“ und Partei für den Alltag, gerade in der Diaspora, zurückzufinden und andererseits kannes nicht dazu Ziel einer linken Partei sein, sich allein als Vertreterin einer „Generation der Sozialstaatsverlierer“ zu etablieren und dabei den Kontakt zu den mittleren sozialen Gruppen der integrierten aber auch verunsicherten Leistungsträger zu verlieren.

b.) Auflösung des stabilen Drei-Parteienspektrums in Ostdeutschland

Es gibt kein stabiles Drei-Parteiensystem mehr in Ostdeutschland. In Mecklenburg-Vorpommern hat die FDP den Einzug in den Landtag geschafft, der sich bereits 2002 und 2005 angekündigt hatte. Auch in Thüringen und Brandenburg wird es nur eine Frage der Zeit sein, bis Grüne oder Liberale dort den Einzug in den Landtag schaffen.

Damit verändern sich die bisher stabilen Koalitionsoptionen zwischen Rostock und Suhl, auch für die Linkspartei und die SPD. In Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin ist die Linkspartei.PDS auf ein Bündnis mit der SPD angewiesen, will sie nicht dauerhaft oder wieder in die Opposition gehen. In den drei südostdeutschen Ländern stellt sich die Sachlage anders dar. Dort stehen die Optionen der SPD in Frage. In Brandenburg als stärkste Partei und in den Ländern Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen als jeweils kleinere Partei hinter der Linkspartei ist die SPD bislang an ein Bündnis mit der CDU gebunden. Regierungsbeteiligung der Linkspartei.PDS in den drei letztgenannten Ländern ist derzeit prozentual nicht möglich und bereits die Idee stößt auf eine erhebliche psychologische Schwelle bei den potenziellen Kooperationspartnern SPD und in Sachsen den Grünen. Für diese Parteien ist es schwer vorstellbar, als kleinerer Koalitionspartner der Linkspartei.PDS zu agieren und mit dem Vorwurf konfrontiert zu werden, der früheren SED in Ostdeutschland zu einem Ministerpräsidentenposten verholfen zu haben.

Weil jedoch für die nächsten Jahre nicht auszuschließen ist, dass die Linkspartei in Ländern wie z.B. Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt stärker wird als die Sozialdemokratie, muss

⁵ Christoph Schwennicke 2006, Zerfranste Demokratie, in: Süddeutsche Zeitung vom 19. September 2006.

⁶ Alf Mintzel 1984, Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit. Ein Lehrbuch, Opladen, S. 318f.

⁷ Mintzel 1948, a.a.O., S. 318.

eine entsprechende Debatte über die Normalität eines Linkspartei-Ministerpräsidenten und eine von der Linkspartei geführte Koalition angeschoben werden.

Dabei müssten die Konsequenzen des Wandels der PDS in Richtung Linkspartei ebenso einbezogen werden wie die Tatsache, dass sich mittelfristig auch im Westen die Optionen und „Normalzustände“ verändern könnten. Niemand kann vor dem Hintergrund der 17 %-Linksparteistimmen der Bundestagswahl 2005 ausschließen, dass bei der Landtagswahl im Saarland 2009 die Linkspartei in den Landtag einzieht und mit ihren Stimmen einer SPD wieder zur Regierungsmehrheit verhelfen könnte.

Kurz: Ohne eine solche Normalisierung werden nicht nur die Regierungsoptionen der Linkspartei, sondern auch die der SPD und damit ihr Verhandlungsspielraum dauerhaft erheblich eingeschränkt bleiben. Die SPD könnte in Ostdeutschland nur noch wählen zwischen der Hoffnung auf Bündnisse mit der Union oder dem Gang in die Opposition, da eigene Mehrheiten eher unwahrscheinlich sein werden.

c.) Veränderungen von Stadtstrukturen und WählerInnenmilieus der Großstädte

Der langfristige Trend der Bevölkerungsentwicklung in Großstädten weist in Richtung „Stagnation“ und „Schrumpfung“. Wesentlich sind die altersstrukturellen Veränderungen:

- Die Zahl der Jugendlichen unter 20 Jahren wird bis 2020 im Osten bis zu 30% und im Westen um ca. 18% zurückgehen.
- Die Zahl älterer Menschen über 60 Jahre wird im Osten wie im Westen stark zunehmen.

Es ist deshalb möglich, dass sich die Altersstruktur von Wählerinnen und Wählern der PDS in den vergangenen 15 Jahren in den ostdeutschen Großstädten, z.B. Berlin dergestalt verändert, dass es mittlerweile einen Sterbeüberhang gibt, der durch ErstwählerInnen nicht aufgefangen wird. Dieser Trend könnte durch absinkende Geburtenrate und die Abwanderung von jüngeren Menschen verstärkt werden. Wenn dann, wie bei der Abgeordnetenhauswahl 2006 politisch-motivierte Abwanderungen – gerade bei den ErstwählerInnen (Die Linke.PDS fällt bei den unter 30-Jährigen auf 12 % [-14] und bei den 30- bis 44-Jährigen auf 10% [-15]) – hinzukommen, ist ein Einbruch um 10% durchaus realistisch.

In der wahlanalytischen Bewertung innerhalb der Linkspartei.PDS wurde seit längerer Zeit darauf abgestellt, dass vor allem in bestimmten innerstädtischen Gebieten die Zustimmung zur Linkspartei gegenüber früheren Wahlzeiträumen (neunziger Jahre) abgenommen hat. Die diesbezüglichen Annahmen können wie folgt formuliert werden:

- In bestimmten innerstädtischen Gebieten der ostdeutschen Großstädte hat in den vergangenen Jahren ein beschleunigter Bevölkerungsaustausch stattgefunden, der zu deutlichen sozialen und demographischen Veränderungen führte (u.a. Gentrifizierung).
- Dieser Bevölkerungsaustausch hat unterschiedliche Geschwindigkeiten, abhängig von den stadtentwicklungspolitischen Rahmenbedingungen (z.B. Milieuschutz, Sanierungsgebiete etc.).
- Im Zuge des genannten Bevölkerungs- und Sozialwandels findet eine Veränderung der Bedürfnisse und Prioritäten bei Wählerinnen und Wählern statt. Diese fokussieren sich auf Themen der kulturellen Modernisierung, eine weniger auf Umverteilung konzentrierte und staatlicher Intervention kritisch gegenüberstehende Thematisierung von sozialer Gerechtigkeit. Stattdessen ist eine Betonung von Nachbarschafts- und Umfeldentwicklung feststellbar.

Konkret heißt dies, dass in diesen innerstädtischen Gebieten:

- die Grünen und die SPD direkte Konkurrenten zur Linkspartei.PDS sind und die drei Parteien jeweils dort ihre Schwerpunkte haben, wo die jeweils andere Stärken besitzt. Die Veränderungen können dazu geführt haben, dass die Hochburgen der Linkspartei.PDS mittlerweile zu instabil sind, um auf dieser Basis gute Wahlergebnisse zu realisieren,
- die Wählerwanderung, vor allem zwischen der Linkspartei.PDS und den Grünen aber auch zwischen der Linkspartei.PDS und der SPD vorgenommen wird.

Die Berlin-Wahl hat gezeigt, dass ein direktes Eindringen in das Grüne Milieu für die Linkspartei nicht nur schlecht möglich ist, sondern dass der Wähleraustausch marginal ist. Dies bestätigt eine Forsa-Umfrage aus dem Jahre 2003. Dort ließ sich konstatieren, dass das Verhältnis der PDS-Anhänger zu den Grünen mit dem Bild einer einseitigen, romantisch verklärten Liebe umschreiben:

Die PDS-Anhänger

- betrachten die Grünen intensiver als jede andere Partei neben der PDS,
- sind geneigt sie zu wählen bzw. haben bereits Grüne gewählt und
- können sich in relevantem Maße eine grüne Beteiligung an einer SPD-PDS-Regierung vorstellen.

Umgekehrt gelingt es der PDS in keiner Weise, eine ähnliche Aufmerksamkeit bei den grünen WählerInnen zu erreichen. Dort ist sie eher das kleinere Übel.

Die Grünen haben 30% der befragten PDS-Anhänger bereits gewählt und 23% konnten sich vorstellen, bei den kommenden Wahlen die Grünen zu wählen. Diese Werte wurden aber deutlich von der SPD übertroffen, bei denen 42% der Anhänger bereits einmal grün wählten und 50% möglicherweise 2006 ihre Stimme den Grünen setzen würden.

Würden jedoch umgekehrt die Grünen bei den kommenden Wahlen nicht zur Verfügung stehen, dann würden die Grünen Anhänger zu 54% ihr Kreuz bei der SPD und erst an zweiter Stelle mit großem Abstand zu 18% die PDS wählen. Bevor die Grünen-Anhänger jedoch eine sonstige Partei (9%) oder liberal-konservativ wählten (5%), würden sie zu 11% nicht wählen gehen.⁸

Für die Linkspartei.PDS folgt daraus, dass einer Orientierung auf das parteiorientierte Milieu keine übergroße Bedeutung zugemessen werden sollte. Den sich in ihrem und dem gewachsenen SPD-Zuspruch ausdrückenden Veränderungen in den größeren und mittleren Städten ist hingegen unbedingt Aufmerksamkeit zu schenken und es ist durch authentische Begleitung darauf zu reagieren. Dies betrifft auch und gerade Ost-Berlin. Ob die Orientierung auf eine stärkere Rolle als Ost-Partei darauf die richtige Antwort ist, scheint aus Sicht des Autors zumindest noch nicht ausgemacht und könnte auch eine zu kurz gegriffene Antwort sein.

d.) Der getrennte Wahlantritt zwischen WASG und Linkspartei schadete beiden Parteien – ist aber nur Ausdruck einer tiefer liegenden strategischen Auseinandersetzung.

Die Konflikte zwischen WASG und Linkspartei in Berlin führten dazu, dass der durch die Bundestagswahl ausgehende Schub einer gemeinsamen Linken für Ost und West in Berlin vollkommen verpufft ist. Überspitzt ausgedrückt:

- Im Westen wurde die WASG als West-Linke gesehen und von denjenigen gewählt, die die PDS 2001 in der Sondersituation des damaligen Wahlkampfes wählten und 2005 eine gemeinsame Linke in den Bundestag entsenden wollten.
- Im Osten wurde die WASG von denjenigen gewählt, die die PDS nicht (mehr) wählen wollten.

Verloren haben letztlich beide. Notwendige Stimmen für soziale Politik wurden verschenkt und es wurden diejenigen abgeschreckt, die Hoffnung in ein gemeinsames Linksprojekt haben.

Der Konflikt zwischen der Berliner Linkspartei.PDS und der Berliner WASG ist freilich nur der schrille Ausdruck einer weiterhin unklaren Bezugnahme auf die strategische Selbstverständlichkeit einer Regierungsbeteiligung.

Die Linkspartei.PDS ging in die Landtagswahlen vom September 2006 wiederum in einer Situation strategischer Spaltung – wie schon bei der desaströs verlorenen Bundestagswahl 2002. Die beiden Landesverbände, die als rot-rote Regierungen im Doppelpack antraten, und bei der es in der öffentlichen Wahrnehmung um die Zukunft eines Regierungsmodells ging, erhielten nur eine auffällig konditionierte, betont kritisch begleitete und an „Auflagen“ für eine

Koalitionsneuaufgabe gebundene verbale Unterstützung. Lothar Bisky hat am Wahlabend bei n-tv völlig zu Recht gesagt: Die Kritik an den PDS-SenatorInnen, wie sie aus den eigenen Reihen geübt wurde, war ein Fehler.⁹

Dazu kam: Parteien und Parteiungen, die man auf Landesebene als Partner hat und braucht, wurden von außen zugleich offensiv als „neoliberal“ und nicht kooperationsfähig denunziert. Mit diesem ideologischen Muster wurde eine Polarisierung zwischen der Option politische Gestaltung einerseits und der Option Rückzug und „splendid isolation“ andererseits geschaffen.

e.) Die zwangsläufige Entzauberung des Wahlkampfes von 2001 und die Quittung für die überbordende Euphorie sowohl bei der Partei als auch bei der Wählerschaft.

Es wird Thomas Falkner zugestimmt, der formuliert: „In dem enormen Hype von damals – einerseits hatte der Bankenskandal die Fortführung der alten, die Stadt fesselnden Großen Koalition unmöglich gemacht und eine völlig neue, starke politische Mehrheit auf die Tagesordnung gesetzt; andererseits hatte die Wendung von der Solidarität mit den Opfern des 11. September 2001 hin zur Abwehr eines Afghanistan-Abenteuers mit deutscher Beteiligung – herrschte eine Stimmung in der Stadt, in der alles möglich erschien: Eine neue Politik, die mit allem alten Mist aufräumt. Ein Zeichen, das Deutschland und die Welt versteht: wir in Berlin, wir, die Abhängigen und Geteilten – jetzt zeigen wir es allen. Eine Fixierung insbesondere der Ost-Berliner auf die PDS und auf Gysi – als könnte nun die elf Jahre gefesselte Ost-Partei allen zeigen, wie man es im Handstreich besser macht. Und als könne Gysi zaubern. Die PDS hat dies im Gysi-Wahlkampf bewusst bedient – teils auch gegen das Wahlkampfkonzept der Berliner PDS: Der Gysi-Wahlkampf begann als Bürgermeister-Wahlkampf – uns somit schon mit einem unrealistischen Ziel. Und der Gysi-Wahlkampf war ein Wahlkampf der Euphorie und der Versprechungen – gegen den Impetus der Nüchternheit und Sachlichkeit, für den Harald Wolf stand. („Und bei der Bildung packen wir noch einen drauf ...“) Diese Blase war im Grunde genommen schon mit dem Rücktritt von Gregor Gysi ein knappes Jahr später geplatzt – ein Vorgang, der die Anhänger der Berliner PDS bis ins Mark getroffen hatte und bis heute nicht vergessen ist.“¹⁰

f.) Die doppelte Wirkung des Niedergangs der in der Oppositionszeit genährten Erwartungen an den real begrenzten landespolitischen Möglichkeiten und in einer Koalitionsregierung einerseits sowie mangelnde Profilbildung in der Koalition andererseits.

In Mecklenburg-Vorpommern 2002 wie nun in Berlin 2006 hat die PDS am Ende der ersten Legislaturperiode in Regierungsverantwortung einen deutlichen Stimmeneinbruch hinnehmen müssen. Dahinter steht zum einen das Problem, das man in Regierungs- und damit also Verantwortung für das Ganze übernommen und sich also für Interessenabwägung und –ausgleich, für Kompromisse und Verzicht auf eigenes, für Streckung eigener Ziele und Konzentration auf Vorrangiges einzusetzen hat. Damit waren große Teile der Ost-Berliner Milieus und der gerade zur PDS als Hoffnungsträgerin gestoßenen Gysi-Partei nicht einverstanden. Viele setzten die eigenen Interessen und Werte als das für alle „Vernünftige“ und Richtige – und nahmen es der Linkspartei und, sich letztlich in der Wahlenthaltung ausdrückend, auch dem demokratischen Parteiensystem übel, dass im Zuge des politischen Wettbewerbs und der Interessenabwägung sowie der Bewältigung der von den der früheren Großen Koalition angerichteten Schäden ihre Ziele nicht ausreichend zum Tragen kamen.

Es ist richtig, die PDS hatte Probleme als Juniorpartner, geringere Regierungserfahrung als der größere Koalitionär, ein diffiziles Heimatmilieu und Schwierigkeiten beim Akzeptieren der Regierungsrolle.

⁹ Falkner 2006, a.a.O., S. 2.

¹⁰ Thomas Falkner 2006, Zu den Wahlergebnissen vom 17. September 2006, unveröffentlichtes Papier, S. 1.

Die Berliner Koalition und die PDS in ihr hat aber insbesondere zu lange gebraucht, um über die Sanierung des Landeshaushaltes hinaus eine verbindende und öffentlichkeitswirksame Erzählung der Berliner Koalition zu entwickeln. Gelungen ist ihr dies nicht. Im Gegenteil, die Linkspartei wurde mit dem Sparen identifiziert und zu wenig mit den sozialen Errungenschaften, die wesentlicher Bestandteil der Regierungsarbeit waren.

Daraus wäre für eine Fortsetzung der Regierungsbeteiligung mit den Worten von Horst Kahrs, Bereichsleiter Strategie und Politik beim Linkspartei.PDS-Parteivorstand zu schlussfolgern: „Die Chance der Linken (und ihre Aufgabe auch und gerade in Regierungsverantwortung – Anm. B.H.) besteht in zweierlei: in der lösungsorientierten Zuspitzung auf Phänomene, die in der Alltagswahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger präsent sind; und in der Wahrnehmung: ‚Die trauen sich wenigstens was. Wenigstens die legen sich mit den Mächtigen an (z.B. Strompreisgenehmigungen angesichts der Gewinne der Energieunternehmen – Anm. B.H.)‘. Und die Linken nehmen es ernst, dass für die Rahmenbedingungen, die Gesetze immer noch die Politik zuständig ist und nicht die Konzerne selbst. Die Linken pochen nicht auf den abstrakten Staat, sondern auf die Handlungsfähigkeit der Politik, des politischen Systems, der Demokratie.“¹¹

Konstatiert werden muss aber auch, dass insbesondere in den vergangenen zwei Jahren in der rot-roten Regierung in Mecklenburg-Vorpommern Abnutzungserscheinungen zu konstatieren waren. Eine Verständigung über Perspektiven eines „politischen Projekts SPD-PDS-Koalition“ erfolgte lange Zeit nicht, und es war nicht abzusehen, dass Ringstorff nun im Landtagswahlkampf mit einer deutlichen rot-roten Perspektive agiert.

Das markiert einen Trendwechsel zu den Diskussionen der Jahre 1994¹² und 1998¹³. Es könnte sein, dass eine Normalisierung von rot-roten Koalitionen auch zu einer „Entzauberung“ dahingehend führte, dass der damit verbundene reformpolitische Habitus eines „rot-roten Projekts“ zumindest in der Wahrnehmung unterzugehen droht.

g.) Zwischenfazit: Unterstützung der sondierenden Landesverbände

Die Linkspartei.PDS hat sich das „strategische Dreieck“ in einer länger währenden Debatte erarbeitet und auf dem Potsdamer Bundesparteitag 2004 mit Mehrheit angenommen. Diese Überzeugung, dass für sozialistische Politik nach unserem Verständnis (1) Widerstand und Protest, (2) der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung als Beteiligungen an Regierungen sowie (3) über den Kapitalismus hinaus weisende Alternativen ein unauflösbares strategisches Dreieck bilden, ist keine Floskel sondern sinnvolle Übersetzung linker Strategie. Über die Bedeutung des „strategischen Dreiecks“ gibt es zudem Übereinstimmung in den Kooperationsvereinbarungen mit der WASG.

Ein Verlust beider Regierungsbeteiligungen wäre für den weiteren Parteibildungsprozess schädlich. Die Linkspartei wäre in der Wahrnehmung Vieler zurückgeworfen auf eine Situation vor 1998 – bei deutlich veränderter Parteien- und Bedeutungslage im Osten. Problematisch sind vor allem die damit verbundenen Signale – die kommen nicht auf einen grünen Zweig.

Aufgrund dessen sowie aus nahe liegenden Gründen politischen Verstandes sowie innerparteilicher Solidarität, muss es in den kommenden Wochen darum gehen, die beiden Landesverbände bei ihren Sondierungsgesprächen zu unterstützen und ihnen Rückhalt auch und gerade für Koalitionsverhandlungen zu geben. Sondierungen und Koalitionsverhandlungen mit der SPD sind schwer genug – gegen die eigene Partei sind sie unmöglich.

¹¹ Horst Kahrs, unveröffentlichtes Manuskript, S. 8.

¹² Jürgen Plöhn 1995, Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 26. Juni 1994. Die Mehrheitsbildung bleibt dem Landtag überlassen, in: ZParl Heft 2/1995, S. 227ff.

¹³ Stefan Schieren 1999, Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 26. April 1998: „Magdeburger Modell“ mit einigen Mängeln, in: ZParl Heft 1/1999, S. 56ff. sowie: Nikolaus Werz/Jochen Schmidt 1995, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 27. September 1998: Weichenstellung zur rot-roten Koalition, in ebd., S. 97ff.

Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern vom 17. September 2006: SPD und CDU verlieren, Linkspartei.PDS legt zu, Liberale und Neonazis ziehen in den Landtag ein.

1. Die Ausgangslage

Bismarck soll einmal gesagt haben, dass er sollte in Mecklenburg sein wolle wenn die Welt untergeht, denn dort fände alles immer hundert Jahre später statt. Dieser Verweis auf die norddeutsche Neigung, nichts zu überstürzen und Veränderungen gemächlich anzugehen, schien sich auch im Vorfeld dieser Landtagswahl zu bestätigen. Keine dramatischen Wendungen, sondern eher gemächliche Veränderungen prägten das Wahlverhalten in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990.

Tab. 3: Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 2002–1998 (Zweitstimmen)

	22. September 2002		27. September 1998	
Wahlberechtigte	1.408.355		1.404.552	
WählerInnen	993.822		1.115.634	
Gültige Stimmen	970.031		1.084.611	
Wahlbeteiligung	70,6%		79,4%	
Absolute Zahlen	Stimmen	Diff. zu 1998	Stimmen	
SPD	394.118	22.233	371.885	
CDU	304.125	-23.859	327.984	
PDS	159.065	-105.234	264.299	
FDP	45.676	28.614	17.062	
Grüne	25.402	3.838	29.240	
Rechte*	26.643	37.510	64.153	
Anteile	%-Stimmen	Diff. zu 1998	%-Stimmen	Diff. Zu 1994
SPD	40,6	6,3	34,3	5,1
CDU	31,4	1,2	30,2	-7,5
PDS	16,4	-8,0	24,4	1,7
FDP	4,7	3,1	1,6	-2,2
Grüne	2,6	-0,1	2,7	-1,0
Rechte*	2,8	-3,1	5,9	4,8
Mandatsverteilung	Mandate	Diff. zu 1998	Mandate	Diff. zu 1994
Insgesamt	71	0	71	0
SPD	33	6	27	4
CDU	25	-1	24	-6
PDS	13	-7	20	2
FDP	-	-	-	-
Grüne	-	-	-	-
Rechte*	-	-	-	-

* Rechte: 2002: Schill, NPD, DVU, REP / 1998: NPD, REP, DVU, Pro DM / 1994: NPD, REP

Gefördert wurde diese Neigung durch die dreimalige Parallelität von Landtags- und Bundestagswahlen. Die 1994, 1998 und 2002 bestehende Gleichzeitigkeit garantierte eine vergleichsweise hohe Wahlbeteiligung, die sich für gewöhnlich negativ auf radikale Kleinparteien auswirkt und führte zur Überlagerung von landespolitischen Fragen durch den Bundestagswahlkampf.

Die vorgezogenen Bundestagswahlen im vergangenen Herbst führten nun dazu, dass die 1998 bundesweit erstmals gebildete rot-rote Koalition erstmals ohne

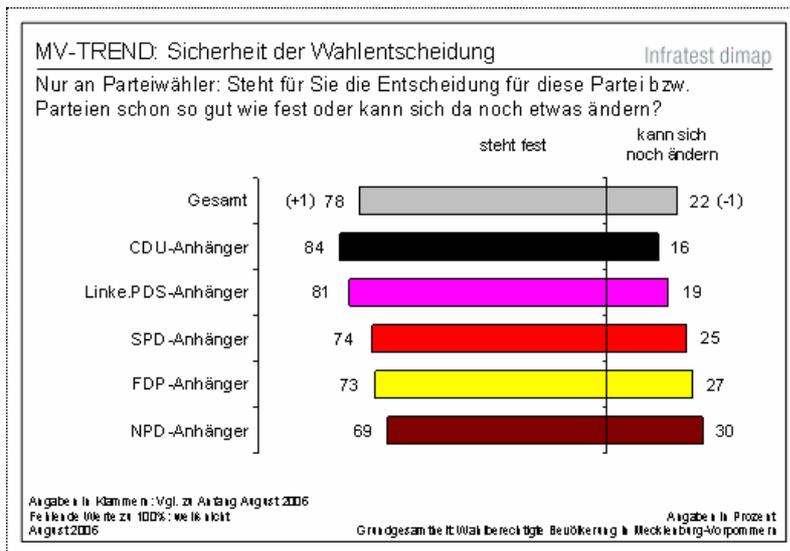
bundespolitische Flankierung durch die Wählerinnen und Wähler bewertet werden sollte.

1.1. Große Unsicherheit bei den Wählerinnen und Wählern

Es lag vor dem Hintergrund dieser veränderten Rahmenbedingungen nahe, dass die Wahlbeteiligung absinken und die Gründe für die Wahlentscheidung sich verschieben könnte. Infratest dimap ermittelte, knapp zwei Wochen vor der Wahl, einen dramatischen Rückgang der Wahlneigung. Mehr als die Hälfte der Befragten (53%) erklärten, dass sie weniger (39%) oder gar nicht interessiert (14 %) an der Wahl interessiert seien. Besonders niedrig fiel das Wahlinteresse bei den jungen Wahlberechtigten aus. Vor vier Jahren waren hingegen noch 68% am Wahlgang interessiert.¹⁴ Die heiße Wahlkampfphase konnte dieses Interesse zwar etwas stei-

¹⁴ Infratest dimap 2006, Länder-TREND Mecklenburg-Vorpommern, August III 2006, S.

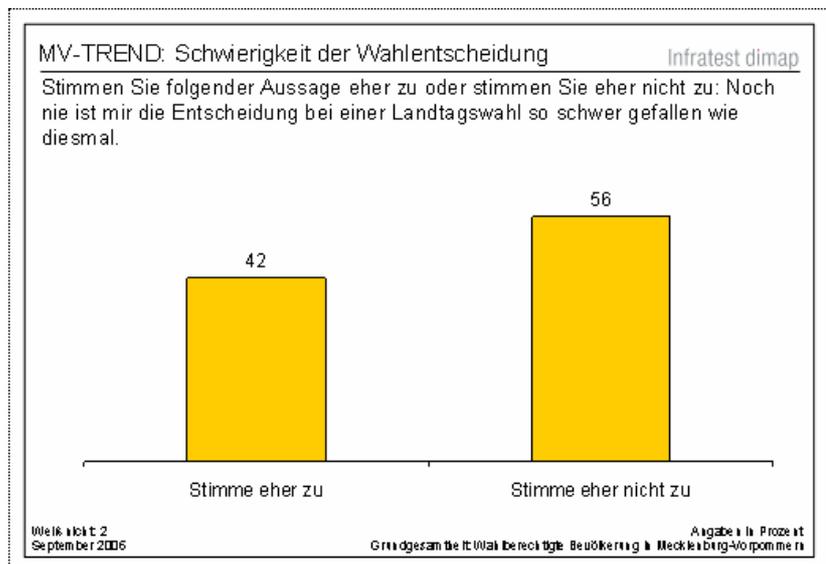
gern, doch waren weiterhin nur 15% sehr bzw. stark (35%) an der Landtagswahl interessiert. Die andere Hälfte war weniger (37%) oder gar nicht (15) am Wahlgang interessiert.¹⁵



Aber auch diejenigen, die sich entschieden hatten zur Wahl zu gehen, waren sich in ihrer Wahlentscheidung durchaus nicht sicher. Sowohl zwei Wochen als auch eine Woche vor der Wahl ermittelte Infratest dimap, dass sich etwa jeder fünfte potenzielle Wahlgänger (22%) unsicher in seiner parteibezogenen Wahlentscheidung war.¹⁶ Linkspartei.PDS und FDP gelang es, in der heißen Wahlkampfphase, ihre Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren. Eine Woche vor der Wahl

stand im Vergleich zur Vorwoche, für 86% der Linkspartei-WählerInnen (+5) und für 81% der FDP-WählerInnen (+8) fest, wie ihre Wahlentscheidung lautet. Auch über 80% der Unions-WählerInnen hatten sich zwei bzw. eine Woche vor der Wahl festgelegt. Demgegenüber war die Mobilisierung der SPD-WählerInnen eher schwach. Rund 30% der SPD-AnhängerInnen hielten es für möglich, dass sich ihre Wahlentscheidung noch ändern könnte.¹⁷

Dem entspricht, dass knapp eine Woche vor der Wahl über 40% der Befragten angaben, dass ihnen die Wahl noch nie so schwer gefallen sei wie bei dieser Wahl. Nach Infratest-dimap lag der Unsicherheitsfaktor damit über dem Wert, der im März dieses Jahres vor der sachsen-anhaltinischen Landtagswahl gemessen wurde. Dort waren sich rund 30% der Wahlberechtigten sehr unsicher.



1.2. Weder große Sympathie zu Rot-Rot noch ausgeprägte Wechselstimmung

Nachdem 1994 erstmals die PDS eine rot-grüne Minderheitsregierung tolerierte, war die Nordost-SPD unter Harald Ringstorff einen Schritt weiter gegangen und eine formelle Koalition mit den demokratischen Sozialisten eingegangen. Für die SPD wie für die PDS verbanden sich mit der Koalition strategische Ziele. Für den damaligen SPD-Vorsitzenden, Oskar Lafontaine, war die Schweriner Koalition nach eigener Aussage „eine logische Konsequenz der Absicht, die PDS und ihre Wähler im Osten in die Verantwortung einzubinden“¹⁸ um sie zu entzau-

¹⁵ Infratest dimap 2006, Länder-TREND Mecklenburg-Vorpommern, September 2006, S.

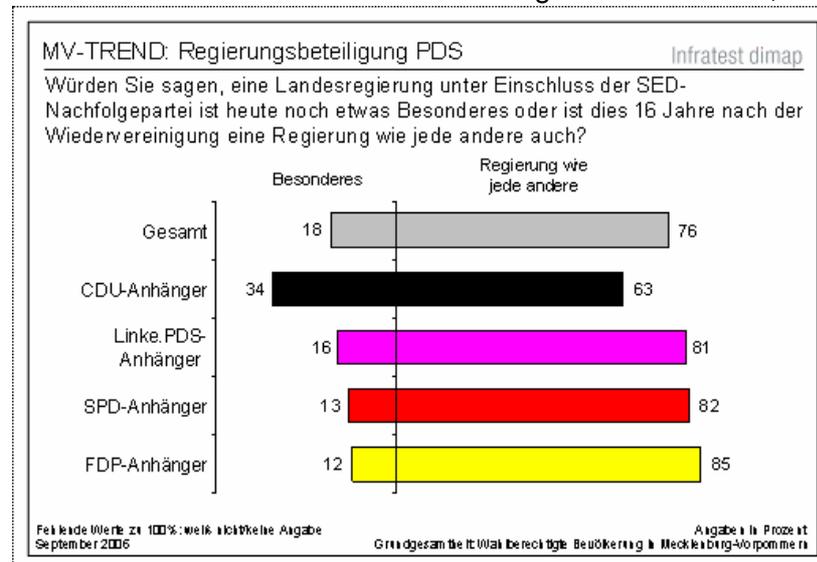
¹⁶ Infratest dimap 2006, Länder-TREND MV 09/2006, S. 4 und Länder-TREND MV 08-III/2006, S. 7.

¹⁷ Infratest dimap 2006, Länder-TREND MV 09/2006, S. 4 und Länder-TREND MV 08-III/2006, S. 7.

¹⁸ Oskar Lafontaine 1999, Das Herz schlägt links, München, S. 79.

bern.¹⁹ Die PDS hingegen verfolgte das Ziel, mit einer Regierungsbeteiligung in einem Land und vor dem Hintergrund ihres damals erstmaligen Einzugs in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag, an politischer Bedeutung zuzulegen und den Weg der inhaltlichen und strategischen Fortentwicklung zu konsolidieren.

Im Unterschied zu manch medialer und politischer Aufregung gegenüber dem, vor allem aus westdeutscher Sicht in Schwerin vollzogenen Tabubruch, nahm und nimmt die Bevölkerung



Mecklenburg-Vorpommerns die Beteiligung der PDS an der Landesregierung gelassen zur Kenntnis. Für 76% ist ein Regierungsbündnis mit der Linkspartei.PDS eine Koalition wie jede andere auch, nur 18% sehen in einem solchen Bündnis etwas Besonderes. Dabei ist es denkbar, dass diese Besonderheiten als Tabubruch, entweder gegenüber der SED-Vergangenheit oder einem als grundsätzlich oppositionellen Charakter verstandenen Parteilichkeitsverständnis angesehen werden.

Es wäre aber auch möglich, dass die Besonderheit im Sinne einer positiv besetzten Anforderung an ein politisches Projekt (vergleichbar zum imaginären früheren rot-grünen Projekt) aufgefasst wird.

Galt das rot-rote Bündnis zwischen 1998 und 2002 als „Prima-Klima-Regierungsklub“²⁰, dessen gute Verständigung gern herausgestellt wurde, waren die vergangenen vier Jahre deutlich angespannter. Daran hatte die Bundespolitik, insbesondere die Einführung der Hartz-Gesetze ihren Anteil. An den wochenlangen Protesten beteiligte sich die nordostdeutsche PDS, wie im gesamten Bundesgebiet, und verärgerte damit den Koalitionspartner, der wiederum darauf verweisen konnte, dass die PDS-Minister die Hartz-Gesetze umzusetzen hätten. Dieses Spannungsverhältnis führte aber auch innerhalb der PDS zu erheblichen Konflikten. Die Teilnahme der PDS-Minister an den Anti-Kriegsdemonstrationen zum Irak-Krieg sowie beim Bush-Besuch im Sommer 2006 führten weniger bei der SPD als vielmehr bei der Oppositions-CDU zu wütendem Protest. Ringstorff erwiderte auf Aufforderungen zur Abmahnung des Koalitionspartners, dass das Recht auf Demonstrationen eine Errungenschaft der Wende 1989 sei.²¹

Die öffentliche Wahrnehmung der Linkspartei.PDS in Koalitionskonflikten beschreibt freilich Augstein weniger Tage vor der Wahl wie folgt: „Regieren unter Vorbehalt der Zustimmung der Basis, Sonderparteitage allenthalben. Warten auf das Votum einer Regionalkonferenz. An der Küste hat es das sozialistische Fußvolk weder der eigenen Führung noch den Koalitions-Sozis leicht gemacht und die mecklenburgischen Chefsozialisten zeigen sich einigermaßen machtlos.“²²

¹⁹ Nikolaus Werz und Jochen Schmidt 2003, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 22. September 2002, S. 61.

²⁰ Die seitdem vielfach zitierte Bezeichnung findet sich erstmals in: Hans-Joachim Guth 1999, Der Urlaub ist vorbei, in: Nordkurier vom 2. September 1999.

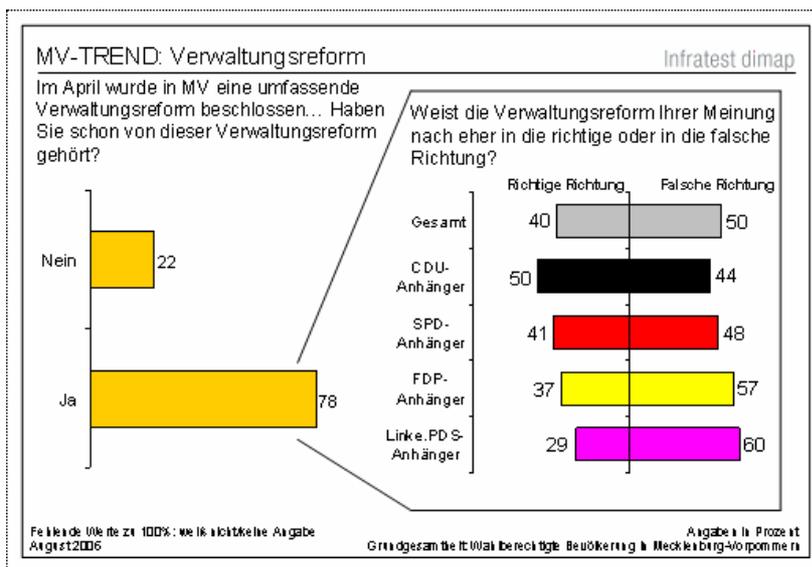
²¹ Vgl. Stefan Berg/Gunther Latsch/Michael Sontheimer 2006, Lohn der Anpassung, Der Spiegel, Nr. 33/2006, S. 31.

²² Jakob Augstein 2006, Kein Eros, kein Logos. In Schwerin und Berlin stellen sich rot-rote Regierungen zur Wiederwahl, in: Die Zeit vom 14. September 2006.

Insbesondere die Verwaltungsreform wurde zum Zankapfel und Problemkind der rot-roten Regierung. Dass Handlungsbedarf bei der Reform der Verwaltungsstruktur bestand, wurde den Regierungsakteuren seit Jahren ins Stammbuch geschrieben.

Der frühere Rostocker Oberbürgermeister Dieter Schröder formulierte 2000: „Ein Land, das sich ohne besonderen Grund überdurchschnittliche Verwaltungsausgaben erlaubt, wird sich die im Rahmen des Länderfinanzausgleichs als Folgekosten eigener politischer Entscheidungen anrechnen lassen müssen“²³ Auch die Autoren einer Studie zur rot-roten Regierungspolitik empfahlen, noch vor 2002 mit der Vorbereitung einer komplexen Landesverwaltungs- und Funktionalreform, damit diese ggf. Eingang in die abzuschließende Koalitionsvereinbarung finden könnte.²⁴ Die SPD, die das Thema seit 2003 bearbeitete und die Befürworter einer Kreisreform innerhalb der PDS stießen auf erbitterten Widerstand bei der PDS-Basis und einer Vielzahl von kommunalen und Landtagsabgeordneten. Die PDS konnte so durchsetzen, dass statt der bestehenden 12 Landkreise und den sechs kreisfreien Städten künftig nicht vier, sondern fünf Großkreise entstehen.

Letztlich stimmte aber auch trotz dieses Kompromisses nur eine Minderheit der PDS-Landtagsfraktion, die über diese Auseinandersetzung ein Fraktionsmitglied verloren hatte, für das Gesetzeswerk, das knapp beschlossen wurde. Während in anderen Bundesländern an einer solchen Frage die Koalition möglicherweise gescheitert wäre, erklärte Ringstorff, der die rechnerische Möglichkeit einer rot-schwarzen Koalition auch in Konfliktfällen praktisch nie in die politische Waagschale geworfen hatte, auch hier eher milde: „Es ist schon problematisch, wenn bei einem solch zentralen Thema wie der Verwaltungsreform eine Parteiführung innerhalb der eigenen Fraktion keine Mehrheit mehr hat“.²⁵



In der Bevölkerung ist dieses Projekt nach Angaben von Infratest dimap zu rund 80% bekannt und weiterhin umstritten. Während 50% derjenigen, die davon bereits Kenntnis haben, die Zusammenlegung der Kreise ablehnen, sprechen sich 40% dafür ist. Dabei überwiegt bei den Anhängern der Regierungsfaktionen die Skepsis, während die Union, die das Projekt im Landtag ablehnte, eher eine WählerInnenbasis hat, die das Projekt befürwortet.

Die Arbeit der Landesregierung wurde in den Infratest dimap-Umfragen vor der Wahl überwiegend kritisch beurteilt. Nur 35% der Befragten waren eine Woche vor der Wahl mit der Regierungsarbeit zufrieden. Jeder Sechste (16%) hingegen war mit der Regierungsarbeit unzufrieden. Zwar äußerten sich bereits vor der Wahl 2002 mehr Bürgerinnen und Bürger kritisch zur Regierungsarbeit, doch waren damals immerhin 42% der Wahlberechtigten mit der Regierungsarbeit einverstanden.²⁶

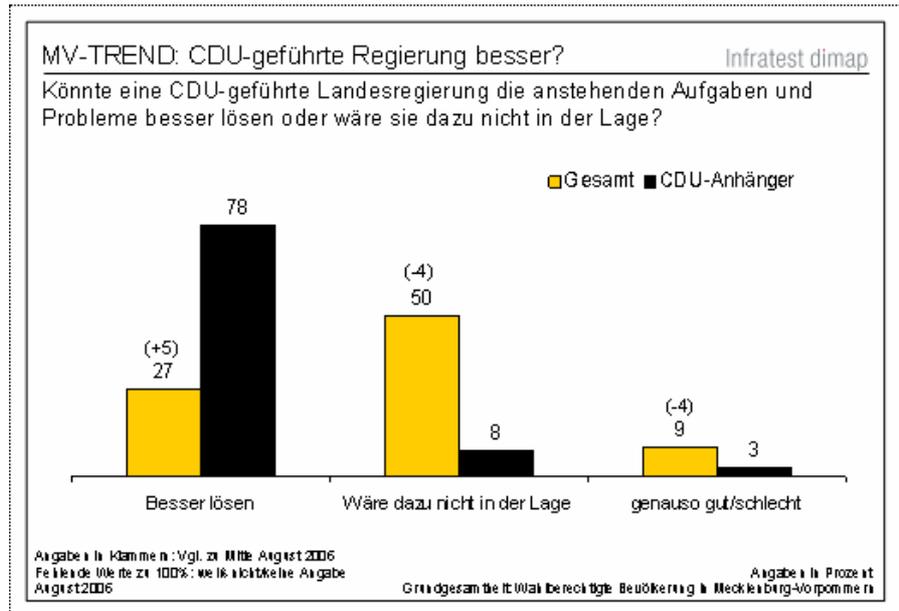
²³ Dieter Schröder 2000, Mecklenburg-Vorpommern als Strukturproblem in einer Republik der Städter – z.B. die kommunalen Strukturen, in Nikolaus Werz/Hans-Jörg Hennecke (Hrsg.), Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, München, S. 274f.

²⁴ Frank Berg/Thomas Koch 2000, Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern? Eine akteurszentrierte Analyse zur Implementation der Koalitionsvereinbarung, 15 Monate nach der Etablierung der SPD-PDS-Koalition (Explorationsstudie), BISS e.V., Berlin/Schwerin, S. 123; Vgl. Werz/Schmidt 2003, a.a.O., S. 63.

²⁵ Vgl. Augstein 2006, a.a.O.

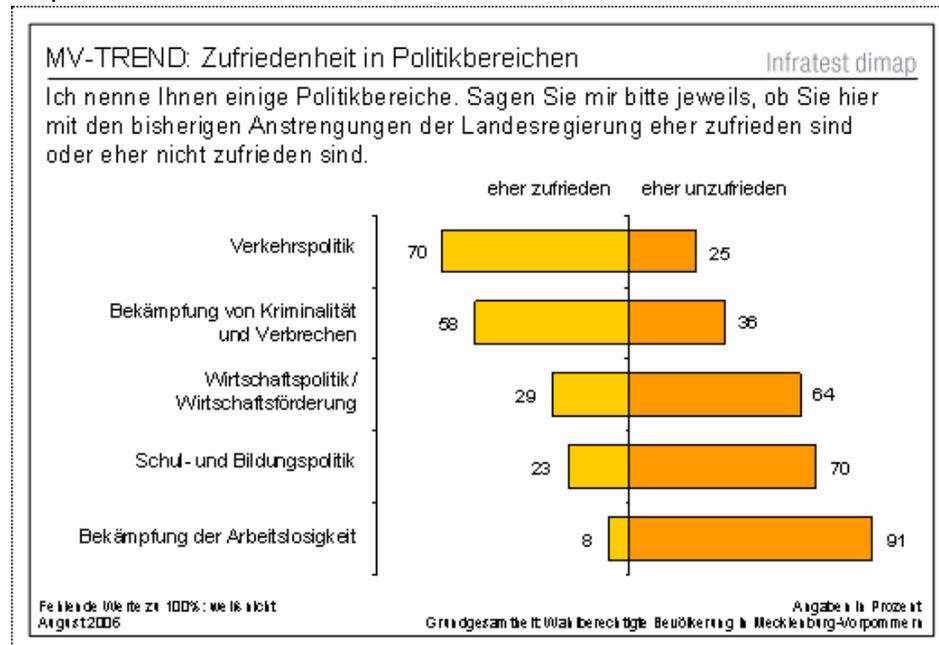
²⁶ Infratest dimap 2006, Länder-TREND MV 09/2006, S. 1f.

Dementsprechend ambivalent fiel auch die Bewertung der Regierungsarbeit aus. Während 91% mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unzufrieden waren, waren drei von zehn Befragten mit der Wirtschaftspolitik einverstanden. Die Bekämpfung der Kriminalität und die Verkehrspolitik wurden überwiegend positiv bewertet. Und auch in der Bildungspolitik, in der eine Reihe ambitionierter Projekte zum längeren



gemeinsamen Lernen beschlossen worden waren, fand die Zustimmung von 23% - immerhin 70% waren wiederum mit der Schul- und Bildungspolitik unzufrieden. Mit der Regierungsarbeit mehrheitlich zufrieden bzw. sehr zufrieden waren naturgemäß die Anhänger der SPD (61% positiv : 36% negativ) sowie der Linkspartei.PDS (54% : 45%).

Die oppositionelle CDU konnte aus dieser Stimmung freilich keinen Nutzen ziehen. Im Gegenteil, im Verlauf der letzten drei Wochen vor der Wahl sank der Anteil derjenigen, die der Union zutrauten, die anstehenden Probleme und Aufgaben in der Regierung besser anzupacken von 27% auf 24%. Hingegen bezweifelten 54%, dass die CDU eine bessere Alternative wäre. Vier Jahre zuvor hatten noch drei von zehn Befragten eine CDU-geführte Regierung als Alternative empfunden.²⁷

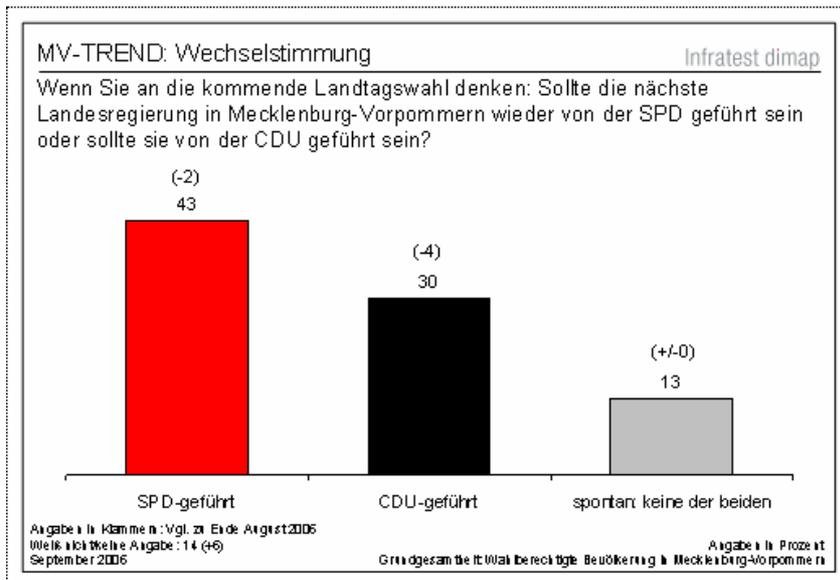


Die gering ausgeprägte Wechselstimmung fand im Vorfeld der Wahl ihren Ausdruck darin, dass 30% der von Infratest dimap Befragten eine CDU-geführte Landesregierung befürworteten, aber immerhin 43% für die Ringstorff-SPD plädierten. Ringstorff wäre bei einer Direktwahl gegenüber seinem Herausforderer mit 48% zu 30% Sieger geworden.²⁸ Die

Wahlentscheidung bei denjenigen, die SPD wählten, dürfte folglich auch Ringstorff-motiviert gewesen sein. Selbst wenn von einer personalisierten Begeisterung, wie sie im März in Rheinland-Pfalz dem Amtsinhaber Kurt Beck entgegengebracht wurde keine Rede sein konnte.

²⁷ Infratest dimap 2006, Länder-TREND MV 09/2006, S. 2.

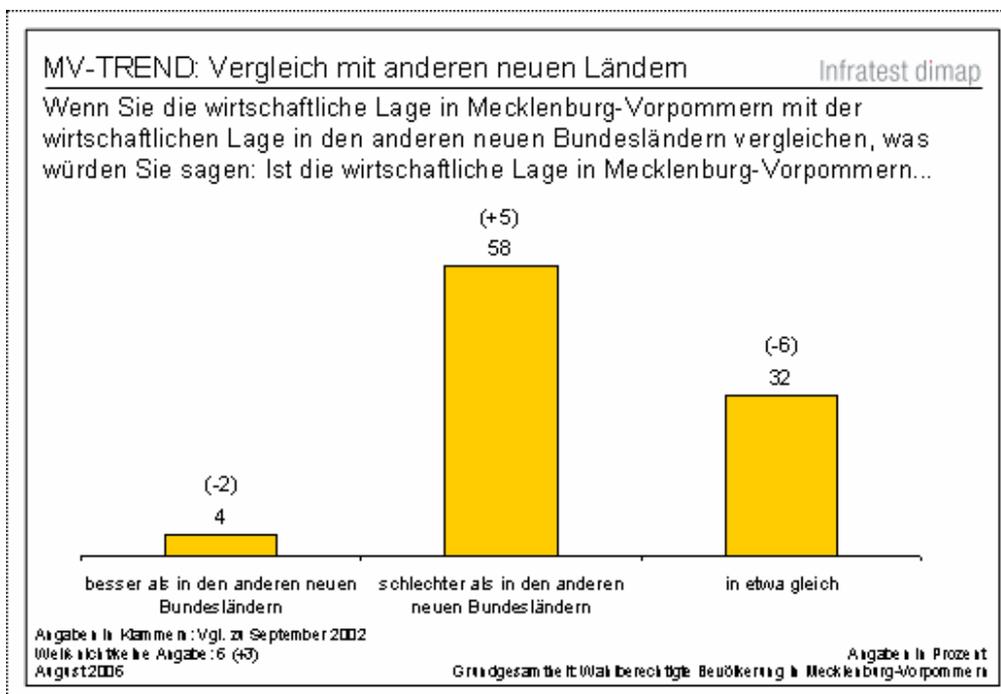
²⁸ Infratest dimap 2006, Länder-TREND MV 09/2006, S. 3.



Beachtlich ist an den Infratest dimap-Zahlen der hohe Anteil derjenigen, die im Vorfeld der Wahl die Auffassung vertraten, dass weder SPD noch CDU die Regierung führen sollten (13%) bzw. die weder für Ringstorff noch für Seidel bei einer Direktwahl gestimmt hätten (10%). Dies korreliert mit den Zahlen, die zur allgemeinen Politikauffassung erhoben wurden. So meinten 71% der Befragten, dass die PolitikerInnen sich zu wenig darum kümmern würden,

ob es in Deutschland gerecht zugeht und 61% bewerteten die bestehenden Probleme als so schwerwiegend, dass keine Partei über wirksame Lösungen verfügen würde. Es ist insofern nur konsequent, dass 57% der Wahlberechtigten es letztlich egal fanden, wer regieren sollte, da ohnehin keine Änderung der Lage zu erwarten sei. Besonders hoch war das, in allen Bevölkerungsgruppen vorhandene Misstrauen gegenüber der Politik, bei Arbeitslosen, Arbeitern sowie Personen mit niedrigem und mittlerem Bildungsabschluss.²⁹

1.3. Bewertung der allgemeinen Lage und der Parteikompetenzen



Ähnlich differenziert wie die Meinung zu den parteipolitischen Angeboten stellte sich im Vorfeld der Wahl die Bewertung der wirtschaftlichen Lage des Landes und der eigenen finanziellen Situation dar. Schätzten vor vier Jahren nur 7% der Wahlberechtigten die wirt-

schaftliche Entwicklung des Landes als gut ein, so verdoppelte sich dieser Wert zum Jahre 2006 auf immerhin 16%. Weiterhin glauben aber auch 83%, dass die Lage weniger gut (51%) oder schlecht (32%) sei. Dieser sanfte Optimismus wurde jedoch gebrochen durch die Bewer-

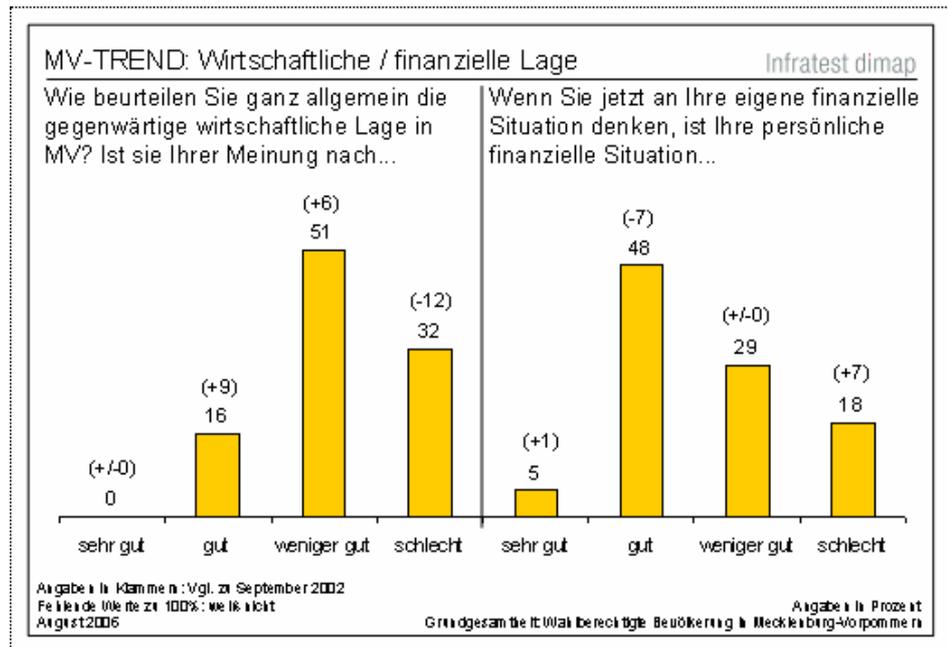
²⁹ Infratest dimap 2006, Länder-TREND MV 09/2006, S. 2.

tung der eigenen finanziellen Situation und der Wahrnehmung des Landes als Schlusslicht im ostdeutschen Ländervergleich.

Im Vergleich zu 2002 wurde die eigene finanzielle Lage als kritischer eingeschätzt. Der Anteil derjenigen, die ihre eigene finanzielle Lage als schlecht einschätzten, nahm um 7% zu. Im gleichen Verhältnis sank die Zahl derjenigen, die ihre finanzielle Lage als gut bewerteten. Insgesamt 47% charakterisierten ihre finanzielle Lage als weniger gut (29%) bzw. schlecht (18%).

Dem entspricht, dass 44% der Wahlberechtigten, darunter überdurchschnittlich viele Arbeitslose davon ausgingen, dass sich die Lage am Arbeitsmarkt in den nächsten 12 Monaten weiter verschlechtern werde; an eine Verbesserung glaubte nur jeder siebte.

Angesichts dieser eher pessimistischen Grundstimmung nimmt es nicht wunder, dass die Annahme, dass Mecklenburg-Vorpommern den anderen Bundesländern hinterherhinke im Vergleich zu 2002 zugenommen hatte. Nur noch 4% (-2) glaubten, dass es dem nordostdeutschen Bundesland besser als den anderen ostdeutschen Ländern ginge, wohingegen 58% (+5) davon ausgingen, dass es in den anderen Ländern Ostdeutschlands gegenüber Mecklenburg-Vorpommern besser sein müsste.³⁰



Tab. 4: Parteikompetenzen im Mecklenburg-Vorpommern-TREND August II 2006 ggü. 2002 (in %)

Kompetenzen	SPD	CDU	L.PDS	FDP	Grüne	Keiner Partei/ weiß nicht
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	35	18	23	3	1	17
Eine gute Ausländer- und Asylpolitik betreiben	(-10)	(+2)	(+1)	(+/-1)	(-1)	(+5)
Eine gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	31	22	13	3	4	23
Kriminalität und Verbrechen in MV bekämpfen	(-7)	(-4)	(+2)	(+2)	(+1)	(+7)
Den Wirtschaftsstandort MV voranbringen	30	25	18	4	2	20
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	(-9)	(-2)	(+4)	(-1)	(+1)	(+6)
Die Abwanderung insbes. Junger Menschen aus MV stoppen	30	33	7	2	1	24
Die Zukunftsprobleme MVs lösen	(-4)	(+1)	(+2)	(+1)	(+1)	(+6)
	27	41	6	3	1	21
	(-13)	(+4)	(+2)	(+1)	(+1)	(+6)
	25	33	6	3	1	31
	(-13)	(-1)	(+1)	(+1)	(+1)	(+11)
	21	26	9	4	2	35
	(-12)	(-3)	(+1)	(+1)	(+1)	(+10)
	28	29	7	3	1	31
	(-15)	(+1)	(+2)	(+2)	(+/-0)	(+9)

Ähnlich unbestimmt wie die Meinung gegenüber den parteipolitischen Angeboten war auch das Kompetenzbild der Parteien. Allein hier war, stärker noch als in den Sonntagsfragen, der

³⁰ Infratest dimap 2006, Länder-TREND MV 08-III/2006, S. 1f.

sich abzeichnende Stimmenverlust der Sozialdemokraten zu erkennen. In fast allen Kompetenzfeldern verloren sie in zweistelliger Prozentzahl. Am wichtigsten ist dabei die sogenannte Zukunftsfage einzuschätzen, die abfragt, wem die Lösung der Zukunftsfrage zugetraut wird. Hier, wie auch bei dem in Mecklenburg-Vorpommern wohl am stärksten debattierten Thema, der Abwanderung insbesondere junger Menschen, verlor die SPD 15% bzw. 12%. Dieser Verlust schlug sich aber wiederum nicht beim Koalitionspartner oder der Oppositions-CDU nieder. Vielmehr hatte der Anteil derjenigen, die allen Problemlösungsangeboten der Parteien skeptisch gegenüberstehen rapide zugenommen. Gerade bei den letztgenannten Themen, der Zukunftskompetenz und der Fähigkeit, Abwanderung entgegenzuwirken war die Zahl der Skeptiker größer als die Kompetenzzuschreibung für SPD, CDU oder eine andere Partei.

2. Der Wahlkampf und die Wahlgründe

Der Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern war, ähnlich wie in Berlin, eher gemächlich. Die fehlende Wechselstimmung bei gleichzeitig abnehmender Zustimmung zur SPD führte dazu, dass allein die Frage, ob die CDU nach 12 Jahren wieder stärkste Partei werden könnte oder die SPD knapp die Führung behalten würde, den Wahlkampf bestimmte.

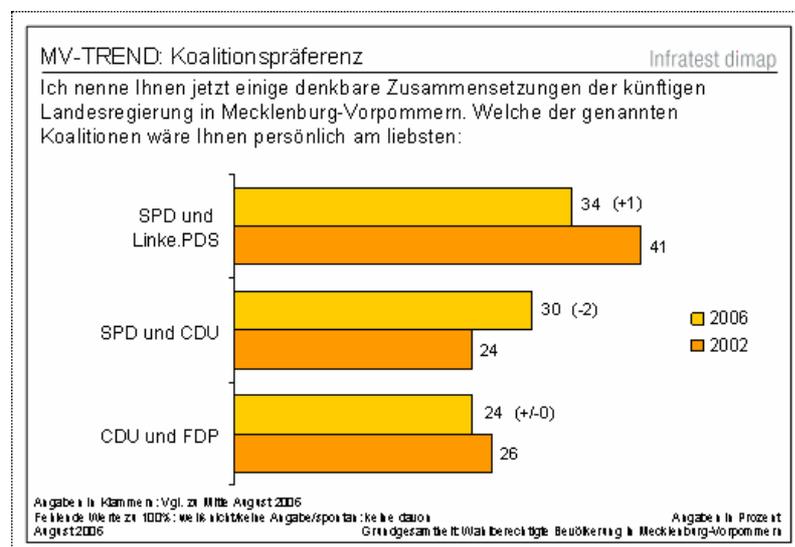
Tab. 5: Umfragen zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern seit September 2005

Institut	Datum	CDU	SPD	Grüne	FDP	L.PDS	NPD
Forschgr. Wahlen	08.09.2006	33	29	4	7	18	7
Emnid	08.09.2006	31	29	3	7	21	7
Infratest dimap	07.09.2006	30	31	4	7	20	6
Infratest dimap	01.09.2006	31	30	4	6	21	6
Emnid	25.08.2006	31	28	3	7	23	4
Infratest dimap	25.08.2006	30	31	3	6	23	4
Emnid	12.08.2006	31	29	4	7	22	4
Infratest dimap	03.08.2006	33	29	4	7	22	4
Infratest dimap	12.07.2006	32	31	4	7	21	-
Infratest dimap	10.09.2005	35	26	4	5	25	-

Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/mecklenburg-vorpommern.htm>

2.1. Koalitionspräferenzen

Eine Polarisierung war im Wahlkampf nicht zu erkennen. Die drei im Landtag vertretenen Parteien waren ohne Koalitionsaussage in den Wahlkampf gegangen, doch war sowohl bei SPD wie auch bei Linkspartei.PDS eine Präferenz für die Fortsetzung des Wahlbündnisses zu erkennen. Die zweite rechnerische Regierungsalternative bestand in einer Großen Koalition, da trotz des erwartbaren Einzugs der Freidemokraten in den Landtag eine schwarz-gelbe Koalition ohne Mehrheit wäre.



Eine eindeutige Präferenz in der Koalitionsfrage hatte sich bis zum Ende des Wahlkampfes nicht herausgebildet. Relativ kontinuierlich sprach sich ein Drittel der Wahlberechtigten für ein Bündnis aus SPD und Linke.PDS (34%). Damit sank der Zustimmungswert gegenüber 2002 um 7% ab.

Für eine Große Koalition plädierten 30%. Das waren 6% mehr als 2002.

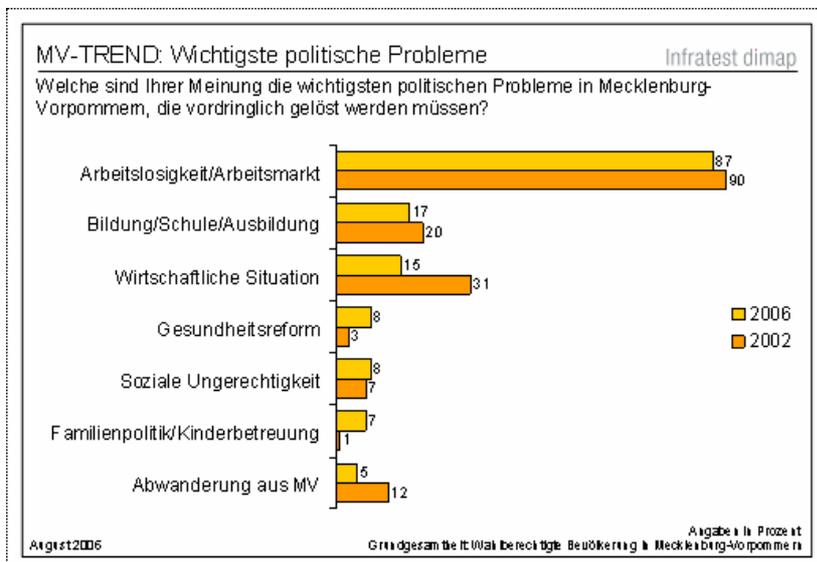
Die Zustimmung zu einer schwarz-gelben Koalition sank vermutlich aufgrund der

Schwäche der CDU und trotz des für wahrscheinlich gehaltenen Einzugs der Freidemokraten in den Landtag um 2% ab.

Die SPD-Anhänger tendierten in der Koalitionsfrage verstärkt in Richtung Rot-Rot (52%), 37% plädieren für eine Koalition von CDU und SPD. Unter den CDU-Anhängern bevorzugte mehr als die Hälfte (56%) eine bürgerliche Koalition, vier von zehn (38%) sprechen sich für ein Bündnis mit der SPD aus. Die Anhänger der Linkspartei.PDS standen geschlossen (86%) hinter der dem rot-roten Regierungsmodell, auch wenn sie mit der Regierungsarbeit, wie gezeigt, deutlich weniger einverstanden waren. Die FDP-Anhänger votierten mit 76% klar für eine christlich-liberale Koalition.³¹

2.2. Gründe der Wahlentscheidung und wichtige politische Themen

Die Landespolitik stand laut Infratest dimap für nur knapp die Hälfte der Befragten bei der Entscheidung, ob an der Wahl teilgenommen und wem die Stimme gegeben werden im Vordergrund, (56 %). Knapp ein Drittel hingegen sah bundespolitische Gründe für die Wahlentscheidung als bedeutungsvoll an (30 %). Für weitere 13 % nahmen Landes- wie Bundespolitik eine gleich große Bedeutung ein.³²



Diese Auffassung spiegelt sich auch in der Beschreibung der wichtigsten politischen Themen wieder. Mit einem Abstand von knapp 60% vor allen anderen Themen rangierte die Arbeitslosigkeit. Gegenüber 2002 stieg die Bedeutung in den Augen der Wahlberechtigten um 3% auf 90% an. Wie bereits an anderer Stelle kommentiert, nahm auch die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation und die Bekämpfung der Abwanderung aus Mecklenburg-

Vorpommern hohe Priorität und an Bedeutung (16% bzw. 7%) zu. Auch die Schul- und Bildungspolitik wurde im Vergleich zu 2002 als bedeutsamer erachtet. Bundespolitischen Entwicklungen dürfte geschuldet sein, dass die Gesundheitsreform und Fragen der Familienpolitik bzw. Kinderbetreuung in der Problemwahrnehmung einer Landtagswahl auftauchten, die eben nicht an eine Bundestagswahl gekoppelt war.³³

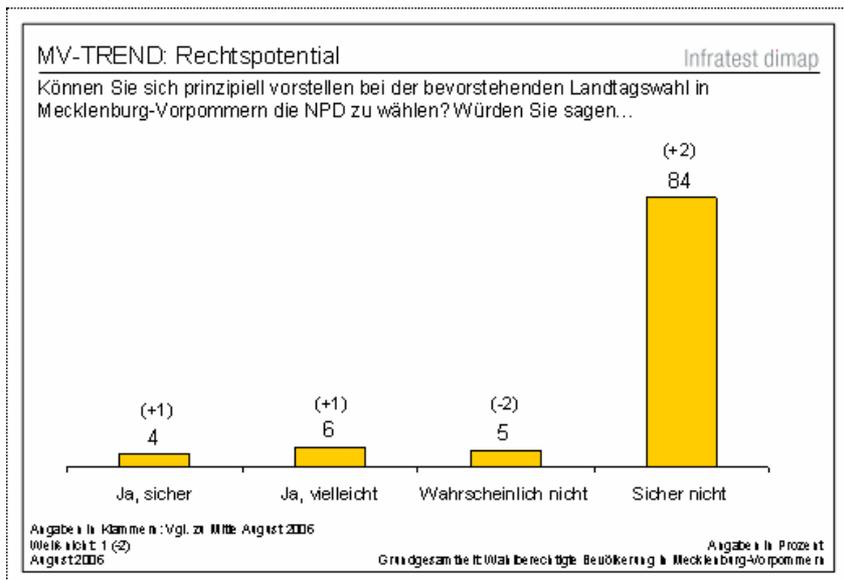
2.3. Die NPD im Wahlkampf Mecklenburg-Vorpommerns

Erst relativ spät zeichnete sich ab, dass Gewissheit werden könnte, wovor die einschlägig interessierten und aktiven antifaschistischen und antirassistischen Gruppen bereits lange Zeit gewarnt hatten – einem Wahlerfolg der NPD. Leider wurden die Augen vor diesen Entwicklungen überwiegend verschlossen.

³¹ Infratest dimap 2006, Länder-TREND MV 08-III/2006, S. 6. Die Zahlen in Klammern in der Grafik beziehen sich auf die vorhergehende Infratest dimap-Befragung: Länder-TREND MV 08-II/2006.

³² Infratest dimap 2006, Länder-TREND MV 09/2006, S. 1.

³³ Infratest dimap 2006, Länder-TREND MV 08-II/2006, S. 1.



Die verschiedenen rechten Parteien konnten bereits bei der Landtagswahl 1998 insgesamt rund 6% Stimmen erreichen, doch führte der getrennte Wahlantritt zu einem außerparlamentarischen Dasein. Im Jahre 2002 sank die Zustimmung zu rechten Parteien wiederum ab.

Mit dem Einzug der NPD in den sächsischen Landtag und insbesondere mit dem Strategiewechsel der so genannten Freien Kameradschaften hin zur NPD

nahm jedoch auch die Möglichkeit eines NPD-Wahlerfolgs zu. Die Diversifizierungsstrategie der Rechten zahlt sich zunehmend aus. Die NPD ist parlamentarisch aktiv, u.a. durch zehn Mandate in Kreistagen, Bürgerschaften, Stadt- und Gemeindevertretungen Südwestmecklenburgs, Vorpommerns und Waren-Müritz, die militante Rechte führt Demonstrationen, paramilitärische Zeltlager etc. durch und gemeinsam sorgen sie für stetige Präsenz und dort wo es geht für die Übernahme sozialer Aufgaben. Die frühere Strategie der Schaffung „National befreiter Zonen“ hat sich fortentwickelt zu einer Normalisierung des Rechts-Seins im Alltag, insbesondere des ländlichen Raums. „NPD-nahe Kameradschaften engagieren sich in Bürgerinitiativen, die Namen tragen wie ‚Schöner Wohnen‘, und die zum Ziel haben, Flüchtlingsunterkünfte zu verhindern. Sie bieten Angebote für jeden Geschmack: die Kameradschaft ‚Aryan Warriors‘ (Arische Krieger) für die wilden Jungen, die ‚National-Germanische Bruderschaft‘ oder den ‚Heimatbund Pommern‘, der zu Radtouren, Trachtentanz- und Elternabenden einlädt. In Bäckereien gibt es sogar ‚Glatzen-Brot‘ zu kaufen, neckisch betitelt, weil es so eine schöne braune Kruste hat. Und an den Alleebäumen stehen nicht etwa christliche Kreuze, um der Verunglückten zu gedenken, sondern germanische Todes-Runen. Sie gelten rechtsradikalen Unfallopfern“.³⁴

Einen ersten Testlauf für eine „Volksfront von rechts“ stellte die Bundestagswahl 2005 dar, bei der die zu den Freien Kameradschaften geöffnete NPD und der Wahlverzicht anderer rechter Parteien der NPD ein Ergebnis von 3,5% bescherten im Vergleich zu 1,7% bei den mit deutlich geringerer Wahlbeteiligung durchgeführten Europawahlen ein Jahr zuvor.³⁵

Mit tatkräftiger Unterstützung des sächsischen NPD-Fraktionsvorsitzenden Holger Apfel und einem Etat von rund 400.000 Euro wollte die NPD fast genauso viel Geld in den Wahlkampf investieren wie die Linkspartei.PDS. Sie setzte dabei insbesondere auf flächendeckende Plakatierung und verzeichnete damit Erfolg. Sie war in vielen Regionen des nordöstlichen Bundeslandes um ein Vielfaches präsenter als die im Landtag vertretenen Parteien. In ihrem Wahlkampf präsentierte sie sich vor allem als Opfer sowohl der Medien, die sie boykottieren bzw. über sie Lügen verbreiten würden, als auch der anderen Parteien, die sie kriminalisieren würden. Sie setzte deshalb einen „Ermittlungsausschuss Wahlplakate“ ein und rief ihre Anhänger dazu auf, als Wahlbeobachter zu verhindern, dass durch Wahlfälschungen ein Wahlerfolg der NPD verhindert werden könnte.

³⁴ Annette Ramelsberger 2006, Glatzenbrot und Todesrunen, in: Süddeutsche Zeitung, 12. September 2006. Vgl. auch: Toralf Staud 2006, Glatzenbrot und Lebensrunen, in: Die Zeit Nr. 37 vom 7. September 2006.

³⁵ Thomas Boede 2006, Mit Volkstanz in den Schweriner Landtag. Die NPD hofft mit Hilfe der Neonazi-Szene auf Erfolg in Mecklenburg-Vorpommern, in: ak Nr. 508, 18. August 2006, S. 10.

3. Das Wahlergebnis vom 17. September 2006

Tab. 6: Erst- und Zweitstimmenergebnis der Landtagswahl 2006 im Vergleich zu früheren Wahlen

	Landtagswahl 2006		Vergleichswahlen					
			LTW 2002		LTW 1998		BTW 2005	
Wahlberechtigte	1.413.530		1.408.335		1.404.552		1.418.790	
WählerInnen	836.942		993.822		1.115.634		1.010.887	
Wahlbeteiligung	59,2%		70,6 %		79,4 %		71,2 %	
Erststimmen								
Absolute Zahlen	Stimmen	in %						
Gültige Stimmen	815.984		965.636		1.073.996		990.181	
SPD	245.410	30,1	388.054	40,2 %	392.774	36,6 %	326.130	32,9 %
CDU	252.837	31,0	316.511	32,8 %	346.581	32,3 %	316.169	31,9 %
Linkspartei.PDS	146.729	18,0	173.330	17,9 %	273.681	25,5 %	231.205	23,3 %
FDP	70.415	8,6	51.851	5,4 %	20.403	1,9 %	42.840	4,3 %
Grüne	26.989	2,2	16.986	1,8 %	22.954	2,1 %	34.904	3,5 %
NPD	56.961	7,0	2.877	0,3 %	1.346	0,1 %	32.944	3,3 %
Zweitstimmen								
Absolute Zahlen	Stimmen	in %						
Gültige Stimmen	817.976		970.031		1.084.611		991.719	
SPD	247.291	30,2	394.118	40,6 %	371.885	34,3	314.830	31,7 %
CDU	235.335	28,8	304.125	31,4 %	327.948	30,2	293.316	29,6 %
Linkspartei.PDS	137.248	16,8	159.065	16,4 %	264.299	24,4	234.702	23,7 %
FDP	78.414	9,6	45.676	4,7 %	17.062	1,6	62.049	6,3 %
Grüne	27.658	3,4	25.402	2,6 %	29.240	2,7	39.379	4,0 %
NPD	59.674	7,3	7.718	0,8 %	11.531	1,1	34.747	3,5 %

3.1. Allgemeine Einschätzung und erste Ergebnisse

Die **SPD** in Mecklenburg-Vorpommern hat gegenüber der vergangenen Landtagswahl knapp 147.000 Wählerinnen und Wähler verloren. Dieser Rückgang in absoluten Zahlen ist im wesentlichen Maße der zurückgegangenen Wahlbeteiligung zuzuschreiben, doch auch prozentual büßt die SPD rund 10% ein. Sie fällt damit prozentual auf ihr Stimmenniveau von 1994 zurück.

Die **CDU** büßt rund 67.000 Stimmen ein und sinkt prozentual um 2,6% ab. Dies ist ihr historisch niedrigstes Ergebnis in Nordostdeutschland. In den drei Landtagswahlen seit dem Verlust der Regierungsmacht im Jahre 1998 hat die Union jedes Mal wieder absolut und prozentual an Stimmen verloren. Ihr Wahlziel, stärkste Partei zu werden hat sie verfehlt. Ob sie gleichwohl an der Regierung beteiligt werden wird ist offen. Der Einzug der NPD in den Landtag und die dadurch extrem knapp gewordene rechnerische Mehrheit von rot-rot macht eine rot-schwarze Koalition wahrscheinlich. Armin Jäger, CDU-Fraktionschef im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern fordert eine große Koalition. "Wer sich heute der Verantwortung entzieht, eine starke Koalition für dieses Land zu bilden, der hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden."³⁶

Die **Linkspartei.PDS** muss einen Abgang von 22.000 Stimmen verkraften, kann sich aber prozentual um 0,4% verbessern. Sie bleibt deutlich hinter den Umfragen, die ein Überspringen der 20%-Marke lange Zeit als wahrscheinlich erscheinen ließen. Die Landtagsfraktionschefin der Linkspartei, Angelika Gramkow, bezeichnete die Linkspartei.PDS als Wahlsiegerin: "Wir haben zwei Prozentpunkte gewonnen. Unser Ziel war, gestärkt aus der Wahl hervorzugehen, das ist gelungen." Wolfgang Methling, sprach gegenüber NDR von einer "derben Niederlage" von Schwarz-Rot im Bund. Die Linkspartei habe ihr Ziel erreicht, ein besseres Ergebnis als

³⁶ http://www1.ndr.de/ndr/pages_special/0,,SPM12666_33,00.html?tid=1

2002 zu erzielen. Methling betonte, dass er das rot-rote Bündnis auch künftig fortsetzen möchte.

Die **FDP** kehrt nach 12-jähriger Abstinenz wieder in den Landtag zurück. Nachdem sie in den Hochrechnungen zeitweise zweistellig gehandelt wurde, kann sie mit 9,6% ihren Stimmenanteil mehr als verdoppeln. Ihr Einzug in das Landesparlament erschien vor dem Hintergrund der Stimmergebnisse zur Landtagswahl 2002 und zur Bundestagswahl 2005 als durchaus wahrscheinlich, weshalb sich die Überraschung bei denjenigen, die schon länger darauf verweisen, dass es kein stabiles Dreiparteiensystem in Ostdeutschland mehr gibt, in Grenzen hielt.

Die **Grünen** verpassen erneut deutlich den Einzug ins Parlament und bleiben zwischen Küste und Müritz marginalisiert. Ulrike Seemann-Katz, Spitzenkandidatin der Grünen: "Wir haben unser Wahlziel nicht erreicht, in den Landtag einzuziehen."

Mit der **NPD** zieht erstmals eine rechtsextreme Partei in den Schweriner Landtag ein. In drei der sechs ostdeutschen Landtage sind nunmehr rechtsextreme Fraktionen vertreten (2 x NPD und 1 x DVU). Der Wahlkampfleiter und sächsische Fraktionsvorsitzende Holger Apfel sah die NPD nunmehr "in der Mitte der Gesellschaft angekommen" und erklärte "Wir werden in den kommenden Jahren Stück für Stück Bundesland für Bundesland erobern. Gemeinsam mit der Achse Schwerin-Dresden wird es uns gelingen, die Republik aufzurollen." Flankierend bezeichnete der NPD-Spitzenkandidat in Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, am Wahlabend Adolf Hitler als "Phänomen", das in vielen Bereichen Akzente gesetzt habe. Pastörs bestätigte damit ein Zitat aus dem Wahlkampf: "Er ist ja ein Phänomen gewesen dieser Mann, militärisch, sozial, ökonomisch - er hat ja wahnsinnige Pflöcke eingerammt auf fast allen Gebieten." Pastörs betonte: "Das ist übrigens ein korrektes Zitat."³⁷

3.2. Das Wahlergebnis im Einzelnen

3.2.1. Wählerinnen und Wähler

Tab. 7: Wer wählte wen in Mecklenburg-Vorpommern (in %)?

Nach Alter					
Partei	Gesamt	unter 30	30-44	45-59	über 60
SPD	29	27	22	26	39
CDU	30	24	34	34	27
Linkspartei.PDS	18	12	13	18	24
FDP	10	13	13	10	5
Grüne	4	6	6	3	2
NPD	6	12	7	4	1
Nach Berufsgruppen und Arbeitslose					
Partei	Gesamt	Arbeiter	Angest./Beamte	Selbständige	Arbeitslose
SPD	29	29	31	15	25
CDU	30	29	30	40	23
Linkspartei.PDS	18	16	19	12	20
FDP	10	10	9	17	9
Grüne	4	2	4	7	3
NPD	6	9	3	5	13

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen 2006, <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/inhalt/18/0,4070,3974898-6,00.html>

a) Die SPD

Die SPD verliert in allen Altersgruppen stark. Bei den Wählern zwischen 30 und 59 Jahren fallen die Verluste sogar zweistellig aus. Das Ergebnis liegt bei den 18- bis 24-Jährigen bei

³⁷ http://www1.ndr.de/ndr/pages_special/0,,SPM12666_33,00.html?tid=1

27%, bei den 30- bis 44-Jährigen bei 22% und bei den 45- bis 59-Jährigen bei 26%. Bei den über 60-Jährigen kommt sie hingegen auf 39 %.

b) Die NPD

Zwischen dem Erfolg der NPD und dem starken Absinken der SPD bestehen direkte Zusammenhänge. In den Wahlkreisen mit zweistelligen Ergebnissen für die rechtsextreme NPD haben die Sozialdemokraten die stärksten Verluste erlitten. Dort verlor sie in vielen Wahlkreisen zweistellig. In Ostvorpommern I büßte sie 13,2 Prozentpunkte ein, in Ostvorpommern II 9,8 Prozentpunkte, in Uecker-Randow I 9,3 Prozentpunkte und in Uecker-Randow II 10,5 Prozentpunkte.

Genau dort, im östlichen Landesteil (Uecker-Randow, Ostvorpommern, Demmin) liegen auch die Wahlhochburgen der **NPD**. Der östliche Landesteil ist der wirtschaftlich schwächste in Mecklenburg-Vorpommern. Die Arbeitslosenquoten sind dort am höchsten.

Bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern kommt die NPD auf ihre besten Ergebnisse: bei den unter 30-Jährigen auf 12% und bei den 30- bis 44-Jährigen auf 7%. Daneben erzielt sie bei den Arbeitern große Gewinne, genau in dieser Gruppe hat die SPD hohe Verluste.

Tab. 8: Wer wählte die NPD (in %)?

NPD-Zustimmung nach verschiedenen WählerInnengruppen						
Erstwähler	Arbeiter	Angestellte	Selbständige	Rentner	Auszubildende	Arbeitslos
17	11	4	9	3	8	17

Quelle: Infratest dimap 2006, http://www1.ndr.de/ndr/ndr_pages_idx/0,2571,SPM12264,00.html

Infratest dimap hat in seiner Wahlanalyse für das ZDF eine differenziertere Unterteilung nach Berufsgruppen und Sozialstruktur vorgenommen, nach denen die NPD bei den Arbeitslosen im Unterschied zu den Forsa-Daten nicht 13% sondern 17% Zustimmung erhielt.

Box: Interview mit Prof. Roland Roth zum NPD-Wahlerfolg

tagesschau.de: Bereits als sich der Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern abzeichnete, forderten Politiker schnell ein erneutes NPD-Verbotsverfahren. Wie bewerten Sie die Qualität der politischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Deutschland?

Roland Roth: (...)Es gibt aber bei der Politik eine größere Bereitschaft, das Problem Rechtsextremismus anzuerkennen. Allerdings sind viele Politiker hilflos: Die Zahl der Gewalttaten hat deutlich zugenommen, gleichzeitig gibt es Wahlerfolge und wieder auftretende NPD-Leute. Mit dem Nebeneinander von Normalisierungs- und zivilgesellschaftlichen Strategien sowie dem Straßenkampf im Wahlkampf, mit diesem Nebeneinander können die wenigsten umgehen. (...) Die latente und in der eigenen Subkultur gepflegte Gewaltbereitschaft ist ein Potenzial der rechtsextremen Politik, mit dem man immer wieder rechnen muss.

tagesschau.de: Welchen Stellenwert haben die Parlamente für die NPD? Sind sie nur Mittel zum Zweck, um an Geld zu kommen, oder sind sie auch politisch wichtig?

Roth: Es ist beides. Parlamente sind sehr wichtig, um bestimmte krude Grundeinstellungen zu vertreten und Tabubrüche zu begehen. Sie sprechen dort Dinge aus, die sonst nur auf der Straße artikuliert werden. Die NPD ist nicht nur ein Haufen von Spinnern, sondern sie transportiert auch Stimmungslagen und Mentalitäten, die in der Bevölkerung vorhanden sind. Diese Auseinandersetzung scheuen die etablierten Parteien. Und dann kommen viele mit der Forderung nach einem Verbot.(...)

Die eingesetzten Wahlkampfmittel der NPD haben sich ausgezahlt. Befragt nach der Partei, die den intensivsten Wahlkampf vor Ort gemacht abe gaben am Wahltag Befragte gegenüber Infratest dimap an, dass die SPD (24%) am aktivsten gewesen sei, dann die NPD (21%) und letztlich die CDU (18%). Zum Wahlkampf der Linkspartei wurden keine Aussagen getroffen bzw. veröffentlicht.³⁸

Wie bei vergleichbaren Wahlergebnissen, zeigte sich auch in Mecklenburg-Vorpommern, dass die Wählerinnen und Wähler der NPD weniger aus Überzeugung sondern vielmehr aus Frust und Alternativlosigkeit rechtsextrem

³⁸ http://www1.ndr.de/ndr/ndr_pages_idx/0,2571,SPM12264,00.html

wählen. Nach Infratest dimap sahen 95% der NPD-Wähler gesellschaftlich keine Gerechtigkeit gegeben, empfanden 82% die Probleme als zu groß und meinten 69%, dass sich ohnehin nichts ändern würde.³⁹

Von den durch Forsa am Wahltag Befragten wurden angegeben, dass 10% einen Einzug in den Landtag gut fänden, 80% meinten dies sei schlecht und 9% hatten dazu keine Meinung.⁴⁰

Im Interview mit der ARD schlussfolgerte der Magdeburger Politikwissenschaftler Roland Roth aus diesen Ergebnissen, dass die demokratischen Parteien sich endlich inhaltlich mit der NPD auseinandersetzen müssen, statt über ihr Verbot zu debattieren. Denn die NPD sei nicht nur "ein Haufen von Spinnern, sondern transportiert auch Stimmungen aus Teilen der Bevölkerung" (Box 1).

c) Die FDP

Sie schneidet in den jungen Altersgruppen bei den 18- bis 29-Jährigen und den 30- bis 44-Jährigen mit jeweils 13% besonders gut ab. Ihre Hochburgen liegen an der Grenze zu Brandenburg, dort konnte sie in einzelnen Gemeinden bis zu 20% erreichen. Bei den Berufsgruppen erreicht sie ihre höchsten Werte bei den Selbständigen. Dort kann sie bis zu 19% verbuchen, also fast das Doppelte ihres Gesamtstimmenergebnisses.

3.2.2. Wähler/innenwanderung

Die Wählerwanderungstabelle zeigt, dass die drei im Landtag vertretenen Parteien rund 147.000 Stimmen an das **NichtwählerInnen**-Spektrum verloren haben. Die Grünen und andere Parteien geben zusammen 5.000 Stimmen ab. Aus der Gruppe derjenigen, die bei der vergangenen Landtagswahl nicht zur Wahl gegangen sind, entschieden sich nunmehr 11.000 Wahlberechtigte, ihr Kreuz bei der NPD zu machen.

Tab. 9: WählerInnenwanderungen

Parteien	Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (-) der WählerInnen, in Tsd.						
	SPD	CDU	L.PDS	FDP	Grüne	NPD	Nichtwähl.
SPD		17.000	7.000	12.000	2.000	7.000	80.000
CDU	-17.000		2.000	17.000	1.000	12.000	45.000
Linkspartei.PDS	-7.000	-2.000		1.000	+/-0	4.000	22.000
FDP	-12.000	-17.000	-1.000		+/-0	2.000	+/-0
Grüne	-2.000	-1.000	+/-0	+/-0		+/-0	3.000
NPD	-7.000	-12.000	-4.000	-2.000	+/-0		-11.000
Andere	-4.000	-1.000	-1.000	+/-0	+/-0	6.000	2.000
Nichtwähler	-80.000	-45.000	-22.000	+/-0	-3.000	11.000	

Quelle: Infratest dimap 2006, http://www1.ndr.de/ndr/ndr_pages_idx/0,2571,SPM12264,00.html

Die **SPD** gibt an alle Parteien ab, davon neben den NichtwählerInnen am meisten an die CDU und an die FDP (zusammen 29.000) sowie jeweils 7.000 Stimmen an Linkspartei und NPD.

Die **CDU** erhält 17.000 Stimmen von der SPD, muss aber in gleicher Größenordnung an die Liberalen abgeben, die somit von den beiden größten Parteien 29.000 Stimmen erhält. An die NPD verliert die Union 12.000 Stimmen abgeben – das ist das Dreifache von dem, was sie an Linkspartei, Grüne und andere Parteien abgibt.

Die **Linkspartei.PDS** verliert 22.000 Stimmen an die Nichtwählerinnen und Nichtwähler. Von den beiden anderen bislang im Landtag vertretenen Parteien erhält sie 8.000 Stimmen und gibt an die Kleinparteien 6.000 Stimmen ab. Immerhin 4.000 Stimmen davon erhält die NPD.

³⁹ http://www1.ndr.de/ndr/ndr_pages_idx/0,2571,SPM12264,00.html

⁴⁰ <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/inhalt/18/0,4070,3974898-6,00.html>

3.3. Die Ergebnisse der Linkspartei.PDS und ihre gewählten Abgeordneten

Die Linkspartei.PDS wird insbesondere von Rentnern und von Arbeitslosen gewählt. Bei den über 60jährigen erhält die Linke doppelt so viele Stimmen wie bei den unter 30jährigen und knapp zweimal so viel wie bei den 30-44jährigen.

In einem Bundesland mit abnehmender Zahl junger Menschen ist dies ein ambivalentes Signal. Einerseits kann sich die Linkspartei auf die Gruppe derjenigen verlassen, die künftig an Bedeutung innerhalb der Wahlbevölkerung des Landes gewinnen werden. Andererseits kann sie sich nicht damit zufrieden geben, dass sie für die Problemwahrnehmung und die Zukunftsvorstellungen junger Menschen nicht die überzeugenden Antworten findet. Es kann darüber hinaus durchaus möglich sein, dass auch das politische Personal der nordostdeutschen Linkspartei keine hinreichenden Signale für junge Menschen darstellte.

Bei den Arbeitslosen sowie den Angestellten liegt die Linke oberhalb ihres Gesamtstimmenergebnisses. Vor allem aus dem Ergebnis der Arbeitslosen lässt sich schließen, dass es der Linkspartei gelingt, soziale Gerechtigkeitsvorstellungen überzeugend zu vermitteln.

Die Hochburgen der Linkspartei.PDS liegen

- im südöstlichen Landesteil bei Neustrelitz,
- in den Großstädten Schwerin und Rostock sowie dem Umland,
- auf Rügen
- und auch dort wo die NPD sehr stark ist.⁴¹

Wie bisher entsendet die Linkspartei auch in der 4. Wahlperiode 13 Abgeordnete in den Landtag. Ein Abgeordneter, der Umweltminister Wolfgang Methling, wurde direkt gewählt.

Tab. 10: Die Abgeordneten der Linkspartei.PDS

Abgeordneter in der 4. WP	MdL in 3.WP	Minister/in in 3. WP
Andreas Bluhm	X	
Barbara Borchardt	X	
Angelika Gramkow	X	
Helmut Holter		X
Torsten Koplín	X	
Dr. Marianne Linke		X
Regine Lück	X	
Gabriele Mest'an	X	
Prof. Dr. Wolfgang Methling		X
Irene Müller		
Peter Ritter	X	
Birgit Schwebs	X	
Prof. Dr. Fritz Tack		

⁴¹ <http://www.statistik-mv.de/lawa2006>

Die Wahlen und Volksabstimmung in Berlin vom 17. September 2006: SPD und Grüne gewinnen die Wahl – Linkspartei.PDS, CDU und FDP verlieren.

1. Ausgangslage

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen schüttelten die bis dahin relativ feststehenden politischen Verhältnisse Berlins durcheinander. Nachdem die bis dahin als marginalisierter kleiner Koalitionspartner agierenden Sozialdemokraten den Bankenskandal 2001 als Befreiungsschlag aus dem zunehmend ungeliebten schwarz-roten Bündnis nutzten, wurde mit Tolerierung der PDS ein rot-grüner Übergangssenat gebildet, der zum baldmöglichsten Zeitpunkt Neuwahlen zum 21. Oktober 2001 ansetzte.

Tab. 11 Abgeordnetenhauswahlen Berlin 2001 - 1999 (Zweitstimmen)

	21. Oktober 2001		10. Oktober 1999	
Wahlberechtigte	2.417.574		2.414.493	
WählerInnen	1.645.673		1.582.407	
Wahlbeteiligung	68,1%		65,5 %	
Absolute Zahlen	Stimmen	Diff. zu 1999	Stimmen	
SPD	481.772	132.041	349.731	
CDU	385.692	-251.619	637.311	
PDS	366.292	89.423	276.869	
FDP	160.593	126.313	34.280	
Grüne	148.066	-7.256	155.322	
Anteile	%-Stimmen	Diff. zu 1999	%-Stimmen	Diff. zu 1995
SPD	29,7	7,3	22,4	
CDU	23,8	-17	40,8	
PDS	22,6	4,9	17,7	
FDP	9,9	7,7	2,2	
Grüne	9,1	-0,8	9,9	
Mandatsverteilung	Mandate	Diff. zu 1999	Mandate	Diff. zu 1995
Insgesamt	141	-28	169	
SPD	44	2	42	-13
CDU	35	-41	76	-11
PDS	33	+/-0	33	-1
FDP	15	15	-	-
Grüne	14	-3	18	-12

Die Wahlen wurden aufgrund des erwartbar guten Abschneidens der PDS und der Bereitschaft der SPD, auch ein Bündnis mit den demokratischen Sozialisten einzugehen zu „einer ‚Richtungsentcheidung‘ (Angela Merkel) von „nationaler, ja internationaler Dimension“ (Christoph Böhr) hochstilisiert, bei der sich das ‚Schicksal Deutschlands‘ (Michael Glos) entscheide“.⁴²

Diese parteipolitische Empörung brach sich jedoch an der Gelassenheit der Berlinerinnen und Berlin. Zwar war die Skepsis gegenüber der PDS stark ausgeprägt, doch zugleich wurde sie als Bestandteil des demokratischen Parteienspektrums betrachtet, die insofern auch Regierungsverantwortung übernehmen könne. Kurz nach der Installierung des rot-grünen Minderheitssenats durch Tolerierung der PDS waren laut einer forsa-Umfrage 37% der Befragten der Meinung, die PDS habe in einer Regierung nichts zu suchen (West: 45%, Ost: 24%). Die Mehrheit von 52% hielt die Partei freilich für regierungsfähig (West: 43%, Ost: 65%). Während 33% glaubten, dass das Ansehen der Stadt unter einer PDS-Regierungsbeteiligung leiden würde (West: 41%, Ost: 21%) teilte wiederum eine deutliche absolute Mehrheit von 57% diese Auffassung nicht (West: 48%, Ost: 73%). Dass es soweit überhaupt gekommen war, wurde – entgegen der CDU-Wahlstrategie – nicht den koalitionsflüchtigen Sozialdemokraten sondern der CDU

⁴² Zitiert in: Stefan Berg/Holger Stark 2001, Kitas statt Kommunismus, in: Der Spiegel, Nr. 42, zitiert in: Oskar Niedermeyer/Richard Stöss 2002, Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 21. Oktober 2001: Regierungswechsel nach vorgezogenen Neuwahlen, in: ZParl, Heft 2/2002, S. 246f.

Tab. 12: Abgeordnetenhauswahl Berlin 2001 (Zweitstimmen)

Parteien	Berlin insgesamt		Berlin West	Berlin Ost
	Stimmen	in %	in %	in %
SPD	481.772	29,7	33,7	23,2
CDU	385.692	23,8	30,8	12,4
PDS	366.292	22,6	6,9	47,6
FDP	160.953	9,9	12,8	5,3
Grüne	148.066	9,1	11,1	5,9

selbst angelastet. Nur 16% glaubten, dass die SPD Verantwortung für den Bruch der Koalition trage.⁴³

Aus der Abgeordnetenhauswahl ging die SPD als Sieger hervor. Ihr

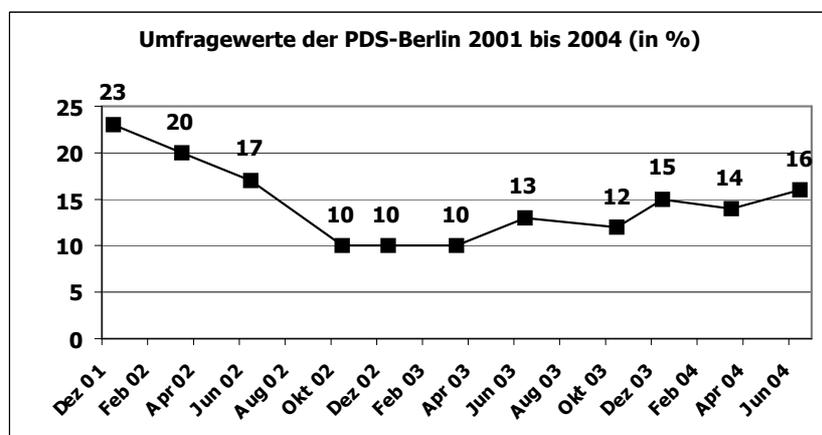
Groß-koalitionärer Niedergang schien zumindest gestoppt, auch wenn die psychologisch wichtige 30%-Marke knapp verfehlt wurde.

Demgegenüber sank die jahrelang dominierende Diepgen-CDU unter dem glücklosen Spitzenkandidat Steffel von 40,8% nur zwei Jahre zuvor auf ein historisches Mindestmaß ab und war froh darüber nicht von der PDS überholt worden zu sein. Auch die PDS erhielt ein historisches Ergebnis. So viele Stimmen hatte sie bislang nie erhalten und auch wenn der spätere Gysi-Rücktritt als Wirtschaftssenator noch nicht absehbar war, so lag es auf der Hand, dass der Sprung auf 22,6% eine Ausnahme sein würde, die den besonderen Umständen dieser Wahl und der Persönlichkeit Gregor Gysis geschuldet war.

Die Liberalen zogen nach mehrjähriger Abstinenz wieder in das Abgeordnetenhaus ein und übertrafen die Grünen, denen die kurze Zeit der Regierungsbeteiligung mit der SPD nicht zum Vorteil gereichen wollte. Vielmehr war der bundesweite Sog der hintereinander folgenden grünen Wahlniederlagen auch an den Berlinerinnen und Berlinern nicht vorbeigegangen.

Entgegen mancher Annahme bzw. Hoffnung reagierte das rot-rote Hauptstadtbindnis weitgehend geräuschlos. Nach dem großen Bankenskandal, der nicht zuletzt Konsequenz vollkommen übersteigter Metropolenträume der Großen Koalition sowie einer Landespolitik als CDU- und SPD-Kartell war, prägte neuer Realismus die regierungsoffiziellen Verlautbarungen. In den Worten von Klaus Wowerit: „Wie waren ja gar nicht gewohnt, dass Innovation wichtig ist (...) 51 Prozent des Geldes kamen aus Bonn, und wenn's nicht genug war, dann rief man an und stellte 100 zusätzliche Leute im öffentlichen Dienst ein“.⁴⁴ Mit einem radikalen Sparkurs wurden Voraussetzungen für ein Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Teilentschuldung Berlins geschaffen, denn die Schulden, die Berlin in den kommenden Jahren aufnehmen muss, nur um die Zinsen auf die früheren Schulden zu bezahlen, würden jede Sparpolitik zur Makulatur werden lassen. In den Worten des auf Gysi folgenden PDS-Wirtschaftssenators Wolf, der auch der Spitzenkandidat war: Wir haben dem Bund in den letzten fünf Jahren mit unseren erheblichen Konsolidierungsanstrengungen ein deutliches Signal gesandt. Berlin hat in den letzten vier Jahren sein Defizit um 2,5 Milliarden Euro verringert. Dazu kamen Mindereinnahmen von einer

Milliarde Euro, die uns die falsche Steuerpolitik im Bund beschert hat. Zu Beginn der Legislaturperiode fehlten wegen der hohen Ausgaben jährlich 2,5 Milliarden Euro in der Stadtkasse. Im nächsten Jahr werden wir erstmals einen Überschuss haben, wenn die Zinszahlungen herausgerechnet werden“.⁴⁵ Es ist diese grundsätzliche Übereinstimmung zwischen SPD und Linkspartei.PDS gewe-



⁴³ Forsa-Umfrage, in: Berliner Morgenpost vom 13. Juni 2001, zitiert in: Niedermeyer/Stöss 2002, S. 247.

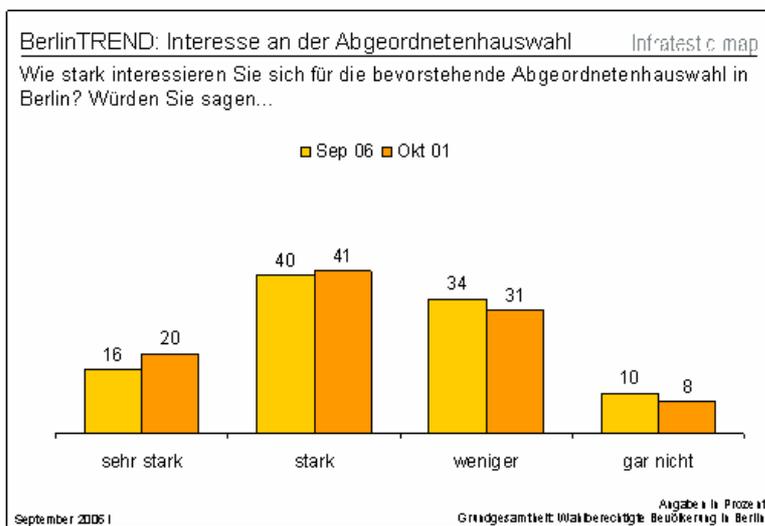
⁴⁴ Zitiert nach: Tina Hildebrandt 2006, Der schwer Erziehbare, in: Die Zeit, Nr. 37.

⁴⁵ „Je schneller Rot-Rot im Bund desto besser“ – Interview mit Harald Wolf in der netzeitung.de, <http://www.netzeitung.de/servlets/page?section=784&item=438979>.

sen, die den Rahmen sowohl für politisches Handeln aber auch die Logik der Interpretation von Erfolg und Misserfolg bildete.

Ob die Regierungsbeteiligung der Berliner Linkspartei geschadet hat, darüber gingen im Verlauf der vergangenen fünf Jahre die Meinungen weit auseinander. Der Rücktritt des Hoffnungsträgers Gregor Gysi kurz vor der Bundestagswahl 2002 trug jedenfalls nicht unerheblich dazu bei, dass die PDS aus dem Bundestag heraus gewählt wurde – auch wenn die Ursachen der Niederlage tiefer lagen. Sie konnte 2002 gerade einmal zwei Direktmandate in ihren Hochburgen Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg gewinnen konnte. Mit Amtsantritt der Koalition und bis zum Herbst 2002 sanken die Zustimmungswerte auf 10% und schwankten seitdem zwischen 12% und 17%, von einem Zwischenhoch im Zusammenhang der Bundestagswahl 2005 auf 20% abgesehen.

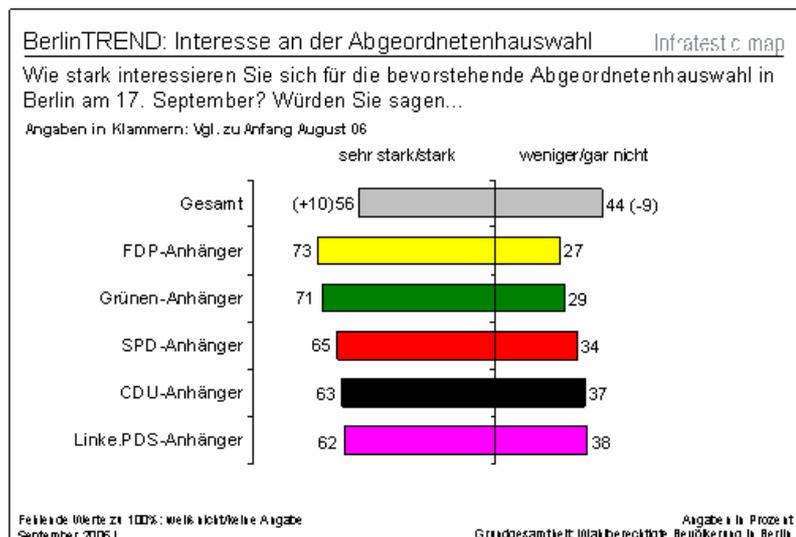
1.1. Keine ausgeprägte Wechselstimmung aber absehbarer Zugewinn für die Grünen



Im Vergleich zur Abgeordnetenhauswahl 2001 waren sowohl das Interesse an der Wahl selbst als auch die Bewertung der Senatsarbeit rückläufig. Waren im Oktober 2001 61% der von Infratest dimap befragten Wahlberechtigten an der Abgeordnetenhauswahl sehr stark bzw. stark interessiert, so ging dieser Wert auf 56% im September 2006 zurück. Die Anzahl derjenigen, die sich weniger oder gar nicht für den Wahlgang interessierten, stieg um 5% auf 44% an.⁴⁶

Das Interesse an der Wahl und die Sicherheit in der Wahlentscheidungen nahmen in der heißen Wahlkampfphase jeweils um 10% auf 56% bzw. 74% zu, doch ergaben sich – differenziert nach Parteipräferenzen – unterschiedliche Bilder.

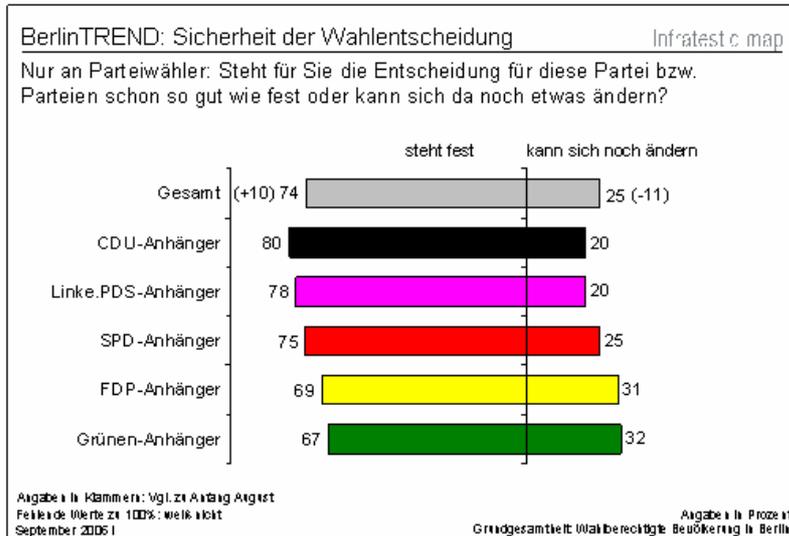
Eine Woche vor dem Urnengang interessierten sich die AnhängerInnen der Linkspartei.PDS mit 62% sehr stark bis stark für die Abgeordnetenhauswahl, immerhin 38% aber weniger bis gar nicht. Damit belegte die Linkspartei.PDS im Vergleich zu den anderen im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien den letzten Rang. Am besten schnitt die FDP ab. Ihre AnhängerInnen waren zu 73% sehr stark bis stark interessiert, nur 27% zeigt geringes bis kein Interesse. Auf die



⁴⁶ Infratest dimap 2006, Länder-TREND Berlin September 2006, S. 1.

FDP folgten die Grünen (73% : 29%), die SPD (65% : 34%) sowie die CDU (63% zu 37%).⁴⁷

Setzt man diese Zahlen ins Verhältnis zu den feststehenden Wahlentscheidungen der Parteianhängerinnen und –anhänger, so ergibt sich jedoch ein anderes Bild. Die AnhängerInnen der CDU waren sich eine Woche vor der Wahl zu 80% sicher, wie ihre Wahlentscheidung lautet, nur 20% glaubten, dass sich daran noch etwas ändern könne.

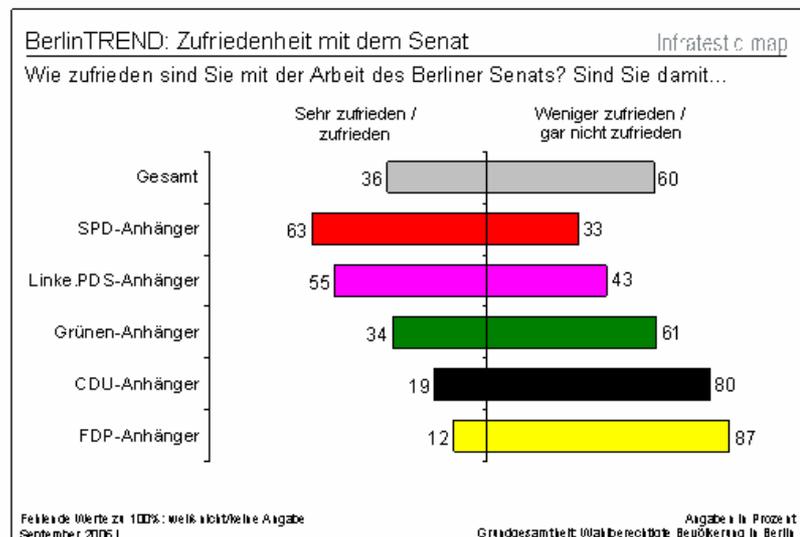


Ähnlich sicher waren sich die der Linkspartei zugeneigten Wahlberechtigten. 78% gaben an, dass ihre Wahlentscheidung feststünde, ebenfalls 20% waren sich dessen nicht sicher. Gegenüber Anfang August hatten damit 18% mehr der PDS-AnhängerInnen ihre Wahlentscheidung festgelegt. Am geringsten sicher waren sich die Grünen, bei denen 67% ihrer Wahlentscheidung sicher waren, 32% aber noch nicht. Vier Wochen zuvor lag der Wert bei 58% zu 42%.

Etwas besser lagen Anfang September die FDP (69% : 31%) und die SPD (75% : 25%). Letztere konnte feststellen, dass sich in den letzten drei Wahlkampfwochen 20% ihrer AnhängerInnen in ihrer Wahlentscheidung sicher wurden.⁴⁸

Die Zufriedenheit mit dem Senat hatte gegenüber der Abgeordnetenhauswahl 2001 um 6% abgenommen und lag bei 36%. Unzufrieden waren hingegen 60% im Vergleich zu 53% im Jahre 2001. Die AnhängerInnen der Regierungsparteien waren mit der Arbeit des Senats mehrheitlich zufrieden bzw. sehr zufrieden.

Aber insbesondere bei der Linkspartei war mit 55% zufriedenen bzw. sehr zufriedenen AnhängerInnen gegenüber 43% weniger zufriedenen bzw. überhaupt nicht Zufriedenen die Zustimmungsrate nicht überschwänglich. Vergleichsweise hoch war die Zustimmung der Grünahnen Wahlberechtigten, die zu 34% zufrieden und zu 60% unzufrieden waren.⁴⁹



Mehrheitlich sprachen sich die Berlinerinnen und Berliner für eine SPD-geführte Landesregierung aus. Die Zustimmungswerte für die SPD dürften zu einem wesentlichen Teil auf die Persönlichkeit Klaus Wowereits zurückzuführen sein, sowie auf die anhaltende Farblosigkeit seines Gegenkandidaten Friedbert Pflüger. Wowereit konnte gegenüber 2001 einen Sprung in der Persönlichkeitspräferenz um 20% von 47% auf 67% machen. Sein CDU-Gegenkandidat

⁴⁷ Infratest dimap 2006, Länder-TREND Berlin 09/2006, S. 1.

⁴⁸ Infratest dimap 2006, Länder-TREND Berlin 09/2006, S. 2.

⁴⁹ Infratest dimap 2006, Länder-TREND Berlin 09/2006, S. 3.

hingegen hätte bei einer Direktwahl 19% erhalten, dies waren 2% Zuwachs gegenüber seinem Vorgänger Frank Steffel, der eine historische Niederlage für die CDU anführte.⁵⁰ Insgesamt deutlich wurde, dass die SPD weiterhin eine Regierung anführen sollte, wobei die Grünen zunehmend an Bedeutung neben der Linkspartei.PDS gewannen.

1.2. Bewertung der Parteikompetenzen

Angesichts des deutlichen Vorsprungs der SPD gegenüber der CDU überrascht es nicht, dass in der Bewertung der Parteikompetenzen, bei Infratest dimap, auch die größere Regierungsfraktion gegenüber der größten Oppositionsfraktion führte. Der SPD wurden die größten Kompetenzen zugeschrieben bei der Herstellung sozialer Gerechtigkeit, in der Schul- und Bildungspolitik sowie bei der Wissenschaftspolitik und der Integration von Einwanderinnen und Einwanderern.

Tab. 13: Parteikompetenzen im Berlin-TREND September 2006 (in %)

Kompetenzen	SPD	CDU	L.PDS	FDP	Grüne	Keiner Partei/ weiß nicht
Für soziale Gerechtigkeit in Berlin sorgen	35	9	18	3	9	22
Verschuldung Berlins in den Griff bekommen	22	21	2	5	1	48
Eine gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	28	20	11	5	10	24
Integration von Einwanderern voranbringen	28	10	7	1	26	25
Den Wissenschaftsstandort Berlin voranbringen	32	25	5	6	6	25
Den Wirtschaftsstandort Berlin voranbringen	26	29	3	7	2	31
Arbeitsplätze in Berlin sichern und neue schaffen	25	21	2	5	3	41
Die Zukunftsprobleme des Landes Berlin lösen	28	16	3	3	6	40

Die CDU konnte die SPD allein in der Wirtschaftskompetenz überflügeln, doch dort trauten noch mehr Wahlberechtigte überhaupt keiner Partei zu, den Wirtschaftsstandort Berlin voranzubringen. Ebenso wenig Vertrauen hatten die Berlinerinnen und Berliner in die Parteien bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Lösung der Verschuldungsprobleme oder dabei, die Zukunftsprobleme Berlins zu lösen. Jeweils über 40% trauten keiner Partei entsprechende Kompetenzen zu.

Während der Linkspartei.PDS doppelt so viel Kompetenz beim Themenfeld soziale Gerechtigkeit als die Grünen aufwies, überflügeln die Grünen ihre demokratisch-sozialistische Konkurrenz bei der Einwanderungspolitik knapp um das Vierfache.

2. Der Wahlkampf und die Wahlgründe

Wie in Mecklenburg-Vorpommern wollte auch im Berliner Abgeordnetenhauswahlkampf kein zündendes Thema entstehen.

Die fehlende Wechselbereitschaft der Wahlberechtigten führte dazu, dass vielmehr das Abschneiden der anderen im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien thematisiert wurde. Sowohl bei CDU als auch bei Linkspartei.PDS ging es darum, ob bzw. um wie viel Prozentpunkte sie unter dem Wahlergebnis von 2001 liegen würden. Bei der Linkspartei verband sich diese Frage mit dem Abschneiden der WASG. Je mehr deutlich wurde, dass die WASG den Einzug in das Parlament mehr oder weniger verfehlen würde, war von Interesse, wie viele Prozente

⁵⁰ Infratest dimap 2006, Länder-TREND Berlin 09/2006, S. 4.

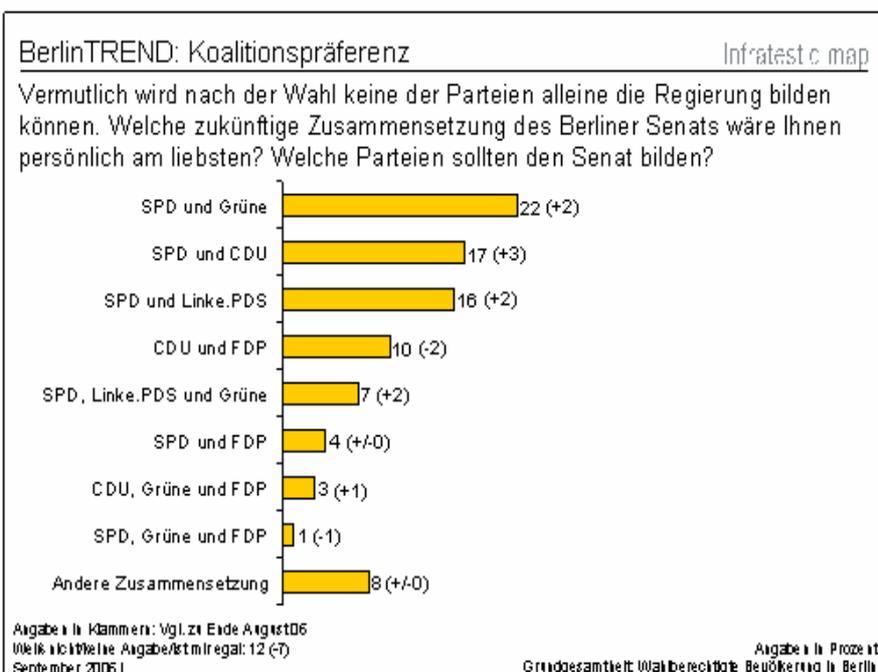
sie der Linkspartei abluchsen und ob damit möglicherweise eine Fortsetzung der rot-roten Regierung verunmöglicht würde.

Tab. 14: Umfragen zur Abgeordnetenhauswahl August/September 2006 und August 2005 (in%)

Institut	Datum	CDU	SPD	Grüne	FDP	L.PDS	WASG	Sonstige
Emnid	10.09.2006	22	33	14	9	15	3	4
Forsa	09.09.2006	20	31	14	8	17	2	8
Forschgr. Wahlen	08.09.2006	22	32	13	8	17	k.A.	8
Infratest dimap	07.09.2006	21	33	14	7	15	3	7
Emnid	27.08.2006	21	33	14	9	16	3	4
Infratest dimap	24.08.2006	21	32	16	8	16	2	5
Forsa	19.08.2006	21	32	14	10	16	1	5
Emnid	06.08.2006	22	32	14	8	15	5	3
Infratest dimap	03.08.2006	23	35	13	8	15	k.A.	6
Infratest dimap	17.08.2006	27	29	15	7	18	k.A.	4

Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/berlin.htm>

Die Grünen, die mit Macht in die Regierung drängten, um ihre bundespolitische Marginalisierung zu überwinden, wurden allgemein als Gewinner dieser Wahl gesehen. Von Interesse war, ob sie statt der Linkspartei künftig in der Regierung sitzen würden. Thematisch setzte die CDU, obwohl durch die Stimmung der Bürgerinnen und Bürger nicht gedeckt, auf einen strikten Anti-Rot-Rot-Wahlkampf. Das SPD-Linkspartei-Bündnis wurde mit Arbeitslosigkeit, wirtschaftlichem Abstieg sowie Kriminalität („Rot-Rot schaut weg“) gleichgesetzt. Obwohl Pflüger anfangs als liberaler Hoffnungsträger angesehen wurde, verpasste ihm der Landesverband eine traditionell schwarze Wahlkampagne. Mit dem Versuch, Vicky Leandros zur christdemokratischen Kandidatin für das Kulturressort zu machen, worauf diese dankend verzichtete, gab sich die Union in den Augen der bürgerlichen Öffentlichkeit letzten Endes der Lächerlichkeit preis.



2.1. Koalitionspräferenzen

Die Koalitionspräferenzen waren insofern eingeschränkt, als ein bürgerliches Bündnis mehrheitlich nicht gewollt wurde. Infrage kam deshalb jeweils ein SPD-geführtes Bündnis mit den Grünen, dass sich wenige Tage vor der Wahl 22% der Wahlberechtigten vorstellen konnten.

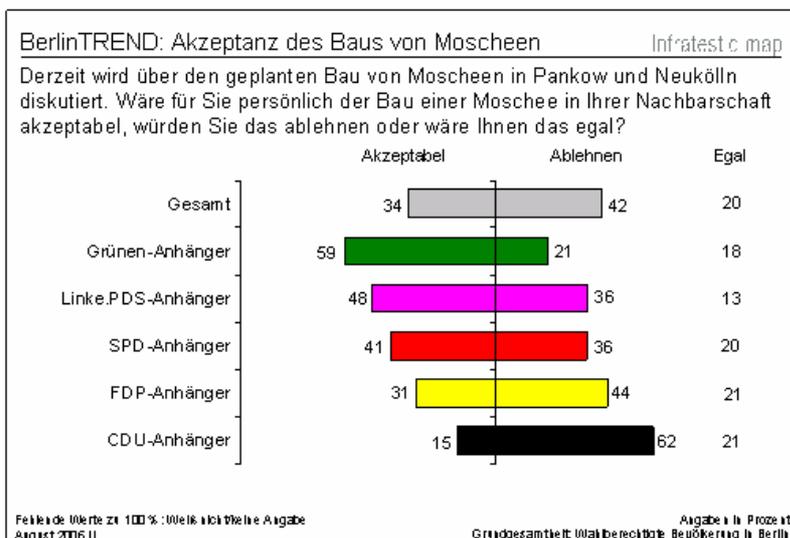
Das von Wowereit bereits während des Wahlkampfs abgelehnte Modell einer Großen Koalition wäre für 17% wünschenswert gewesen und eine Fortsetzung des rot-roten Bündnisses wollten 16%. Alle drei Bündnisse steigerten sich gegenüber der August-Umfrage von Infratest dimap.

2.2. Wichtige politische Themen

Wie bereits deutlich gemacht, war in den Augen der politischen Akteure Berlins die Lösung der Verschuldungsprobleme eins der wesentlichen Themenfelder in den vergangenen Jahren. Hinzu kamen die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und – naturgemäß für ein Bundesland, das zugleich Stadtstaat ist – die Bildungspolitik.



Diese Problemwahrnehmung deckt sich zwar mit der Wahrnehmung aus der Sicht der Wahlberechtigten, doch setzten diese eine andere Prioritätensetzung. Mit knapp 40% vor den anderen Themen wurde die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (62%) als wichtigstes Themenfeld gesehen. Auf Platz 2 folgt Bildung/Schule/Ausbildung (24%) und erst auf Platz 3 die Haushaltskonsolidierung (12%). Wirtschafts- und Integrationspolitik sind mit jeweils 10% auf Platz vier und fünf. Mit der Gesundheitspolitik, der Kinder- und Familienpolitik sowie der Steuerpolitik wurden immerhin auch drei bundespolitische Themen als wichtige Probleme Berlins gesehen, die vordringlich gelöst werden sollten.⁵¹



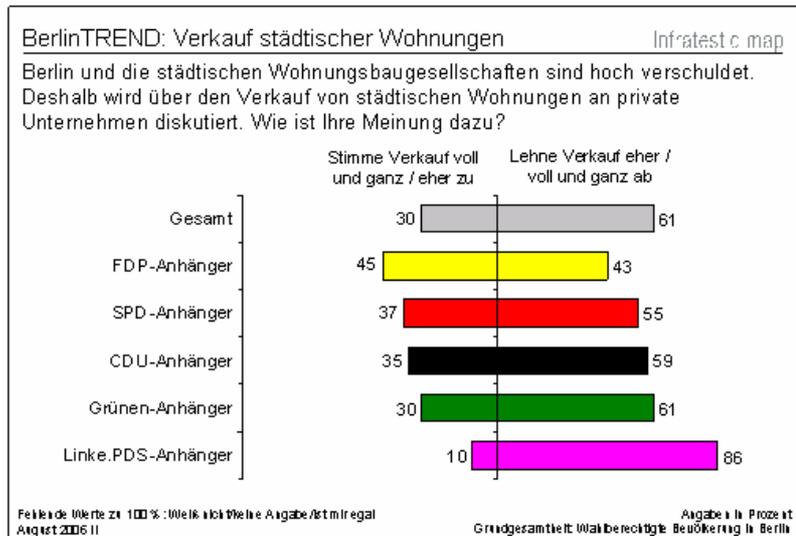
Zwei generelle Themen, die Toleranz gegenüber Einwanderern und ihrer Kultur sowie Privatisierungen wurden während des Wahlkampfs anhand von zwei prototypischen Beispielen diskutiert. Im Ostberliner Bezirk Pankow bzw. im Westberliner Neukölln wurde über den Bau einer Moschee debattiert. In Pankow hatte sich die CDU, u.a. ihr Spitzenkandidat Pflüger dazu hinreißen

⁵¹ Infratest dimap 2006, Länder-TREND Berlin 08-II/2006, S. 1.

lassen, eine Unterschriftenaktion, an der sich auch Rechtsextreme beteiligten, gegen den Moscheebau zu unterstützen. Von allen Wahlberechtigten, die Infratest dimap befragte, hätte eine Mehrheit von 42% einen Moscheebau in der Nachbarschaft abgelehnt, aber 34% hätten dies für akzeptabel gehalten und weitere 20% hatten keine Meinung dazu.

Die beiden Regierungsparteien, die im Laufe der zu Ende gegangenen Wahlperiode verschiedene Privatisierungen, auch bei städtischen Wohnungsbeständen vorgenommen hatten, sprachen sich während des Wahlkampfes gegen die weitere Privatisierung von öffentlichem Wohnraum aus.

Diese Haltung deckte sich mit der Meinung der Berlinerinnen und Berliner, von denen sich 61% gegen Wohnungsprivatisierungen aussprachen, während 10% einem solchen Verkauf voll und ganz bzw. zu 20% eher zustimmen würden. Die Grünen, die sich bereits während der Wahlperiode für den Verkauf von Wohnungsbaugesellschaften ausgesprochen hatten, liegen mit dieser Position in Konflikt mit ihren Anhängerinnen und Anhängern, die sich zu 61% gegen und nur zu 30% für eine solche Privatisierungspolitik erwärmen könnten.



3. Ergebnisse der Wahlen und der Volksabstimmung am 17. September 2006

Tab. 15: Erst- und Zweitstimmenergebnis Abgeordnetenhauswahl 2006 im Vergleich zu früheren Wahlen

	AGH-Wahl 2006		Vergleichswahlen					
			AGHW 2001		AGHW 1999		BTW 2005	
Wahlberechtigte	2.425.457		2.417.574		2.414.493		2.438.902	
WählerInnen	1.407.964		1.645.673		1.582.407		1.887.397	
Wahlbeteiligung	58,0 %		68,1 %		65,5 %		77,4 %	
Erststimmen								
Absolute Zahlen	Stimmen	in %						
Gültige Stimmen	1.362.118		1.611.768		1.554.382		1.851.268	
SPD	465.866	34,2	547.345	34,0 %	386.586	24,9 %	681.591	36,8 %
CDU	339.132	24,9	435.135	27,0 %	662.482	42,6 %	483.014	26,1 %
Linkspartei.PDS	195.411	14,3	327.528	20,3 %	287.558	18,5 %	321.714	17,4 %
FDP	97.348	7,1	143.364	8,9 %	28.566	1,8 %	70.714	3,8 %
Grüne	176.167	12,9	137.626	8,5 %	139.930	9,0 %	229.849	12,4 %
WASG	52.026	3,8	-	-	-	-	-	-
Zweitstimmen								
Absolute Zahlen	Stimmen	in %						
Gültige Stimmen	1.377.078		1.623.338		1.563.576			
SPD	423.912	30,8	481.772	29,7 %	349.731	22,4	637.674	34,3 %
CDU	293.976	21,3	385.692	23,8 %	637.311	40,8	408.715	22,0 %
Linkspartei.PDS	185.086	13,4	366.292	22,6 %	276.869	17,7	303.630	16,4 %
FDP	104.595	7,6	160.953	9,9 %	34.280	2,2	152.157	13,7 %
Grüne	180.902	13,1	148.066	9,1 %	155.322	9,9	254.546	8,2 %
WASG	40.459	2,9	-	-	-	-	-	-

3.1. Allgemeine Einschätzung und erste Ergebnisse

Die **SPD** ist nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis der klare Sieger der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus. Die Sozialdemokraten kamen am Sonntag laut Landeswahlleiter auf 30,8 % der Zweitstimmen. Bei der vorangegangenen Wahl 2001 erreichte die SPD 29,7 % der Stimmen. Wowereit äußerte sich zufrieden über das Wahlergebnis. Das Wahlziel 30 plus x sei erreicht worden, sagte er am Abend vor seinen Anhängern.

Die **CDU** brach auf 21,3% ein. Friedbert Pflüger zeigte sich trotz der Verluste der CDU mit dem Ergebnis der Wahlen zufrieden. "Die CDU in Berlin ist wieder da nach fünf schweren Jahren", sagte er. Er kündigte eine starke Opposition an und wertete das Ergebnis zudem als "Misstrauensvotum für Rot-Rot".

Die **Grünen** erreichten 13,1%. Die Spitzenkandidatin der Berliner Grünen, Franziska Eichstädt-Bohlig, wertete den Ausgang der Wahl zum Abgeordnetenhaus als "sensationelles Ergebnis" für die Grünen. "Wir hatten ein sehr ehrgeiziges Ziel, und ich glaube, wir haben es wirklich erreicht", sagte Eichstädt-Bohlig am Sonntag. Die Grünen seien bereit, in der Hauptstadt Verantwortung zu übernehmen.

Die **Linkspartei** verlor rund 10% und kam auf 13,4%. Enttäuscht äußerte sich Linkspartei-Spitzenkandidat Harald Wolf. "Wir sind deutlich unterhalb unserer Erwartungen geblieben", sagte er in einer ersten Reaktion.

Die **FDP** kam auf 7,6 %.

Die Sitzverteilung gestaltet sich wie folgt: Die SPD erhält 53, die CDU 37, die Linkspartei.PDS 23, die Grünen besetzen 22 Plätze im Abgeordnetenhaus und die FDP 13.

Die Wahlbeteiligung lag bei 58 Prozent. Die inzwischen umbenannte PDS kam auf 22,6 Prozent der Stimmen, Die erstmals angetretene WASG hat den Sprung in das Abgeordnetenhaus verpasst. Stärkste Kraft unter den kleinen Parteien wurden die Grauen.

Unklar ist, mit wem die SPD eine **Koalition** bilden will. Wowereit kündigte an, sowohl mit der Linkspartei als auch den Grünen Gespräche führen zu wollen. "Wir wollen prüfen, mit wem es inhaltlich besser passt." - Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) will nach der Abgeordnetenhauswahl keine Drei-Parteien-Regierung, auch wenn dadurch die Mehrheitsverhältnisse sicherer wären als bei einem Zweierbündnis.

«Man sollte eine Dreierkonstellation, wenn es nicht notwendig ist, vermeiden», sagte Wowereit in einem dpa-Gespräch. «Es würde sehr kompliziert werden, Dreierbündnisse sind in Deutschland nicht sehr geübt.» Die beiden kleineren Partner müssten immer versuchen, sich zu profilieren, sagte Wowereit nach dem Wahlsieg seiner Partei am Sonntag. Deshalb denke er nicht daran, eine rot-rot-grüne Koalition zu sondieren, auch wenn die Mehrheit für Rot-Rot oder Rot-Grün sehr knapp ausfalle. Knappe Mehrheiten müssten nicht unsicher sein. Trotz ihres kräftigen Stimmenzuwachses seien die Grünen nicht der Lieblingspartner der SPD wie noch 2001, sagte Wowereit. Beide potenziellen Partner «kennen wir gut, mit beiden geht es inhaltlich. Wir sind ja alles drei Parteien, die links von der Mitte angesiedelt werden. Deshalb gibt es viele Schnittmengen.» Er befürchte auch nicht, dass die Linkspartei wegen ihres hohen Stimmenverlustes ein schwierigerer Partner werden könnte. «Es ist ein Gerücht, dass die Linkspartei bisher bequem war. Keine Partei ist bequem», sagte Wowereit. Jede Partei habe ihr eigenes Profil und müsse Flagge zeigen. Wichtig sei jedoch gegenseitiges Vertrauen, und das habe bei Rot-Rot gut funktioniert. «Da muss eine Vertrauensgrundlage sein, dass man weiß, dass man gemeinsam Politik gestalten muss. Das fordere ich von jeder Partei ein, die mit uns koalieren will. Sonst macht es keinen Sinn.» Die Sondierungsgespräche werden nach den Worten des Regierenden Bürgermeisters noch in dieser Woche beginnen. Ob zuerst mit der Linkspartei oder mit den Grünen stehe noch nicht fest.⁵²

⁵² <http://de.news.yahoo.com/18092006/3/wowereit-sichere-mehrheiten-dreierbuendnis.html>

3.1.1. Das Ergebnis der Volksabstimmung über mehr Direkte Demokratie in Berlin

Tab. 16: Ergebnis der Volksabstimmung zur Direkten Demokratie (in%)

Region	Wahlbet.	Ja	Nein
Berlin insgesamt	57,6	84,0	16,0
Berlin Ost	53,4	85,6	14,4
Berlin West	60,6	82,9	17,1
Mitte	54,1	83,2	16,8
Friedrichshain-Kreuzberg	55,7	85,4	14,6
Pankow	55,1	85,8	14,2
Charlottenburg-Wilmersdorf	63,4	82,1	17,9
Spandau	58,7	83,8	16,2
Steglitz-Zehlendorf	68,6	80,9	19,1
Tempelhof-Schöneberg	62,8	83,8	16,7
Neukölln	55,2	84,3	15,7
Treptow-Köpenick	57,2	86,5	13,5
Marzahn-Hellersdorf	49,4	85,9	14,1
Lichtenberg	49,2	84,5	15,5
Reinickendorf	61,0	83,1	16,9

Quelle: <http://www.statistik-berlin.de/wahlen/framesets/aghbv-2006.htm>

Am 17. September 2006 waren die BerlinerInnen aufgerufen, neben der Wahlentscheidung eine weitere wichtige Entscheidung zu treffen. Ihnen wurde eine Verfassungsänderung zur Abstimmung vorgelegt. Sie betrifft die Regelungen der Berliner Verfassung über Volksbegehren und Volksentscheid (Artikel 62 und 63). Diese Regelungen können nur durch eine Volksabstimmung geändert werden. Im Abgeordnetenhaus hatten

alle Fraktionen die Verfassungsänderung mit großer Mehrheit unterstützt, deren Ziel es ist, die direkte Demokratie zu stärken. Erweitert werden die Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, selbst Gesetze oder andere Beschlüsse vorzuschlagen und zur Abstimmung zu bringen. Bisher schwer zu überwindende Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide werden gesenkt.

3.2. Das Wahlergebnis im Einzelnen

3.2.1. Wählerinnen und Wähler der Linkspartei.PDS

Die SPD ebenso wie die Grünen können gegenüber der Wahl 2001 in allen Bereichen zulegen, während die Linkspartei.PDS in den WählerInnengruppen Verluste hinnehmen muss. Diese fallen unterschiedlich aus.

Die überdurchschnittlich vielen Jung- und ErstwählerInnen von 2001 konnten nicht gehalten werden. Wie bei der Bundestagswahl 2002 sowie bei anderen Landtagswahlen zeigt sich auch in Berlin, dass die **Linkspartei** kein Dauerabo auf die Zustimmung von jungen Menschen gebucht hat, sondern dass es sich bei dieser Gruppe um eine extrem volatile – also wechselhafte Gruppe handelt, die nur wenig Neigung zu stammwählerschaftlichem Wahlverhalten zeigt.

Aber auch bei den der PDS zugeneigten **Älteren** und insbesondere den Alten im Linkspartei-Klientel zeigte sich bei dieser Wahl eine ausgeprägte Reserviertheit. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang, dass die Linkspartei bei der Gruppe der 45-59-jährigen rund 3% vor den über 60-jährigen lag – auch wenn sie dort stärker als bei den ganz Alten verlor. Insgesamt ist diese Altersgruppe stabiler auf die Linkspartei orientiert als die Jung- und ErstwählerInnen. Es dürfte sich als sinnvoll erweisen, dieser Frage u.a. im Vergleich mit den Bundestags- und Landtagswahlergebnissen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern nachzugehen.

Dass die Linkspartei bei den **Arbeitslosen** mit 20% die höchste Zahl von Wählerinnen und Wählern anspricht, zeigt, dass die inhaltlichen Positionen zur sozialen Gerechtigkeit vermittelt werden konnten. Gleichzeitig ist anzunehmen, dass diese Gruppe in großem Maße von der Linkspartei weg in das NichtwählerInnenspektrum abgewandert ist. Auch die Arbeiterinnen

und Arbeiter haben sich von der Linkspartei abgewendet. Forsa gibt dafür, unter Zugrundelegung der von Ihnen erhobenen Daten -9% an.

Tab. 17: Wer wählte wen in Berlin? (in %)?

Nach Alter					
Partei	Gesamt	unter 30	30-44	45-59	über 60
SPD	31	36	32	31	33
CDU	22	13	16	19	31
Linkspartei.PDS (Verlust im Osten)	14	12 (-24)	10 (-29)	17 (-15)	14 (-13)
FDP	8	9	9	7	6
Grüne	14	18	22	15	6
Nach Berufsgruppen und Arbeitslose					
Partei	Gesamt	Arbeiter	Angest./Beamte	Selbständige	Arbeitslose
SPD	31	36	33	25	28
CDU	22	17	23	22	10
Linkspartei.PDS	14	16	13	10	20
FDP	8	6	7	11	7
Grüne	14	6	15	25	13
Nach weiteren Merkmalen					
Partei	Frauen	Männer	Kurzentzschlossene		
SPD	34	30	32		
CDU	21	21	10		
Linkspartei.PDS	12	14	21		
FDP	6	8	4		
Grüne	14	13	10		

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen 2006, <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/inhalt/18/0,4070,3974898-6,00.html> sowie Infratest dimap, Stand: 19:53 am 17.09.2006

In den östlichen Bezirken „profitierte“ die Linkspartei aufgrund der hohen eigenen Verluste von einer **niedrigen Wahlbeteiligung**, und erzielte in Gebieten mit niedriger Wahlbeteiligung überdurchschnittliche Ergebnisse, da dort alle Parteien an die NichtwählerInnen verloren.

3.2.2. Wähler/innenwanderung

Bis auf die WASG müssen ausnahmslos alle Parteien, auch die Grünen, erhebliche Verluste an die **Nichtwählerinnen und Nichtwähler** beklagen. Insgesamt werden 225.000 durch die im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien abgegeben. SPD und Linkspartei haben dabei mit 130.000 den größten Anteil zu verbuchen. Da die Linkspartei darüber hinaus nur Stimmen abgibt und keine Stimmen hinzugewinnt, fällt ihr Ergebnis so niedrig aus.

Tab. 18: WählerInnenwanderungen

Parteien	Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (-) der WählerInnen, in Tsd.						
	SPD	CDU	L.PDS	FDP	Grüne	WASG	Nichtwähl.
SPD		4.000	-29.000	-1.000	15.000	4.000	66.000
CDU	-4.000		-3.000	-1.000	+/-0	1.000	57.000
Linkspartei.PDS	29.000	3.000		2.000	10.000	17.000	64.000
FDP	1.000	1.000	-2.000		4.000	3.000	26.000
Grüne	-15.000	+/-0	-10.000	-4.000		1.000	12.000
WASG	-4.000	-1.000	-17.000	-1.000	-3.000		-4.000
Andere	-15.000	-15.000	-18.000	-10.000	-5.000	4.000	k.A.
Nichtwähler	-66.000	-57.000	-64.000	-26.000	-12.000	4.000	

Quelle: Infratest dimap, Stand: 01:53 Uhr am 18.09.2006

Die WASG verdankt zwar die Hälfte ihrer Wählerinnen und Wähler dem Zustrom aus der Linkspartei, doch stellten diese wiederum bei der PDS nur ein Zehntel der früheren Wählerinnen und Wähler dar. Der überwiegende Teil wechselte zur SPD oder vor allem ins NichtwählerInnenlager.

Mehr Stimmen als an die WASG gibt die **Linkspartei** an die SPD ab. Dies kann zwei Gründe haben:

- es ist denkbar, dass viele sozialdemokratische Wählerinnen und Wähler, die nach dem Bankenskandal eher die Gysi-PDS gewählt haben, nun zur sozialdemokratischen Familie zurückkehren,
- es ist auch möglich, dass die Ausstrahlung von Wowereit und die Tatsache, dass rund 63% der Wählerinnen und Wähler in Berlin ihn als Regierenden Bürgermeister sehen wollten, zu einem Abgang bei der Linkspartei führten. Die PDS ginge es in diesem Fall wie der FDP in Rheinland-Pfalz im März dieses Jahr. Die WählerInnen wollten diese Partei durchaus in der Regierung sehen, aber einen Sieg von Kurt Beck nicht verhindern.

3.3. Die Ergebnisse der Linkspartei.PDS bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen und ihre Abgeordneten im Landesparlament

Die Linkspartei verliert ihre dominierende Stellung in Ostberlin und verliert zudem an vormals gewonnenem Boden im Westteil der Stadt. Sie findet sich auf dem Niveau Mitte der neunziger Jahre wieder. Sie wird künftig in den Bezirken 13 Stadträte (Dezernenten) stellen.

Tab. 19: Ergebnis der BVV-Wahlen (=Kommunalwahl)

Region	Wahlbeteiligung	L.PDS		SPD		Grüne		WASG		Rechte*	
		%	Sitz	%	Sitz	%	Sitz	%	Sitz	%	Sitz
Mitte	50,5	12,5	7	32,7	19	18,1	11	4,1	2	2,4	-
Friedrichshain-Kreuzberg	52,4	16,5	10	25,6	15	33,0	20	6,0	3	1,6	-
Pankow	54,7	22,8	14	28,3	17	17,3	10	3,6	2	3,1	1
Charlottenb.-Wilmerdorf	60,3	3,5	2	33,9	20	17,6	10	-	-	-	-
Spandau	56,9	3,2	1	33,8	21	6,4	3	2,6	-	2,3	-
Steglitz-Zehlendorf	66,4	2,5	-	29,6	18	15,8	9	2,4	-	1,5	-
Tempelhof-Schöneberg	59,8	3,3	1	31,7	19	18,6	11	3,1	1	2,1	-
Neukölln	52,6	5,5	3	34,6	21	10,6	6	-	-	3,9	2
Treptow-Köpenick	56,8	28,0	16	33,6	19	7,1	4	3,6	2	5,3	3
Marzahn-Hellersdorf	48,9	38,1	22	25,0	15	5,1	3	4,8	2	6,4	3
Lichtenberg	48,4	39,6	23	28,9	17	5,8	3	5,0	2	6,0	3
Reinickendorf	60,3	2,6	-	29,1	18	7,6	3	2,0	-	2,5	-
Berlin-Gesamt		14,0	99	30,6	219	13,0	93	3,0	14	2,9	12

* Rechte = NPD 11 Sitze, REP 1 Sitz

Quelle: <http://www.statistik-berlin.de/wahlen/framesets/aghbv-2006.htm>

Statt bisher 33 entsendet die Linkspartei auch in der kommenden Wahlperiode nur noch 23 Abgeordnete in das Berliner Parlament. Davon wurden 14 Abgeordnete direkt gewählt und 9 zogen über die Liste in das Abgeordnetenhaus.

Tab. 20: Die Abgeordneten der Linkspartei.PDS

Abgeordnete/r	Bereits MdA	Sena-tor/in	Abgeordnete/r	Bereits MdA	Sena-tor/in
Bluhm, Carola	X		Sayan, Giyasettin	X	
Michels, Martina	X		Wolf, Harald	X	X
Brauer, Wolfgang	X		Dr. Heidi Knake-Werner		X
Dr. Barth, Margrit	X		Marion Seelig	X	
Holzheuer-Rothensteiner, Bärbel	X		Dr. Wolfgang Albers		
Wechselberg, Carl	X		Stefan Liebich	X	
Dr. Flierl, Thomas	X	X	Dr. Klaus Lederer	X	
Dr. Hiller, Gabriele	X		Elke Breitenbach	X	
Baba, Evrim	X		Udo Wolf	X	
Dr. Zotl, Peter-Rudolf	X		Uwe Doering	X	
Platta, Marion			Jutta Matuschek	X	
Dr. Schulze, Steffi	X				

Die Kommunalwahl in Niedersachsen am 10. September 2006: Bestätigung des hessischen Kommunalwählerfolgs der Linken – aber keine Blaupause für die Landtagswahl 2008

1. Ausgangslage

Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2005 aber mehr noch die hessischen Kommunalwahlergebnisse vom 26. März 2006 ließen bei der Linkspartei.PDS die Hoffnung wachsen, deutlich gestärkt aus der Kommunalwahl am 10. September 2006 hervorzugehen. Diese Hoffnung wurde nicht enttäuscht. Auch wenn zwischen Nordsee und Harz die Bäume nicht in den Himmel wachsen, so ist vom bisherigen Ausgangsniveau eine Verachtfachung der Mandate der Linkspartei zu konstatieren. Ein Erfolg, der sicherlich zu Recht dem Bemühen geschuldet ist, mit Blick auf das geplante Zusammengehen von Linkspartei.PDS und WASG bei der Kommunalwahl möglichst gemeinsam anzutreten.

Tab. 21: Zweitstimmenergebnisse früherer Bundestags- bzw. Landtagswahlen (in %)

Bundestagswahl [BTW] Landtagswahl [LTW]	Anteil an Stimmen					
	SPD	CDU	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Linkspartei.PDS	Sonstige
Niedersachsen						
BTW 2002	49,4	34,1	5,9	6,4	1,0	3,2
LTW 2003	33,4	48,3	7,6	8,1	0,5	2,1
BTW 2005	43,2	33,6	7,4	8,9	4,3	2,6

Die politische Grundstimmung im Vorfeld der Kommunalwahl war, nach Angaben von Infratest dimap ambivalent. In etwa so viele Niedersachsen befanden, dass die Verhältnisse im Land eher Anlass zur Sorge (August 43%, Februar 43 %) bzw. Anlass zur Zuversicht (August 43%, Februar 47%) geben.

Während Zuversicht eher bei den Selbstständigen und den Menschen mit höherem Bildungsabschluss vorherrscht, äußerten sich von den Arbeitern und Arbeitslosen nur drei von zehn optimistisch.⁵³

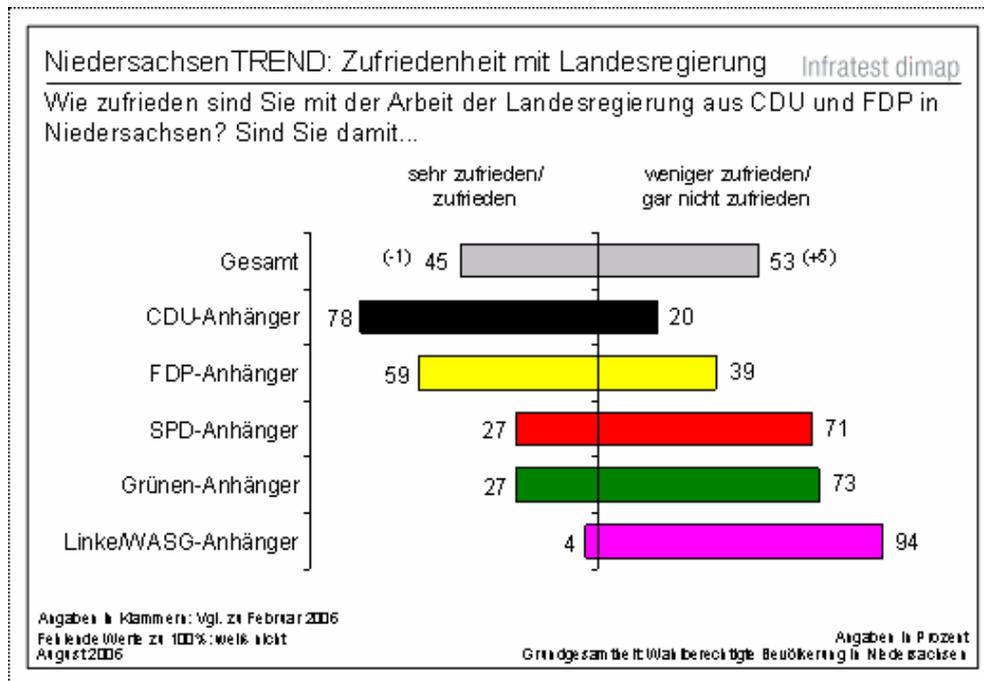
Dem entspricht, dass in der Parteienbewertung der Niedersachsen keine größeren Ausschläge zu beobachten sind. Die Kompetenzwerte der Union sind etwas zurückgegangen, freilich führt sie weiterhin in der Mehrheit der Kompetenzfelder deutlich vor der SPD.

Tab. 22: Parteikompetenzen im Niedersachsen-TREND August 2006 (in %)

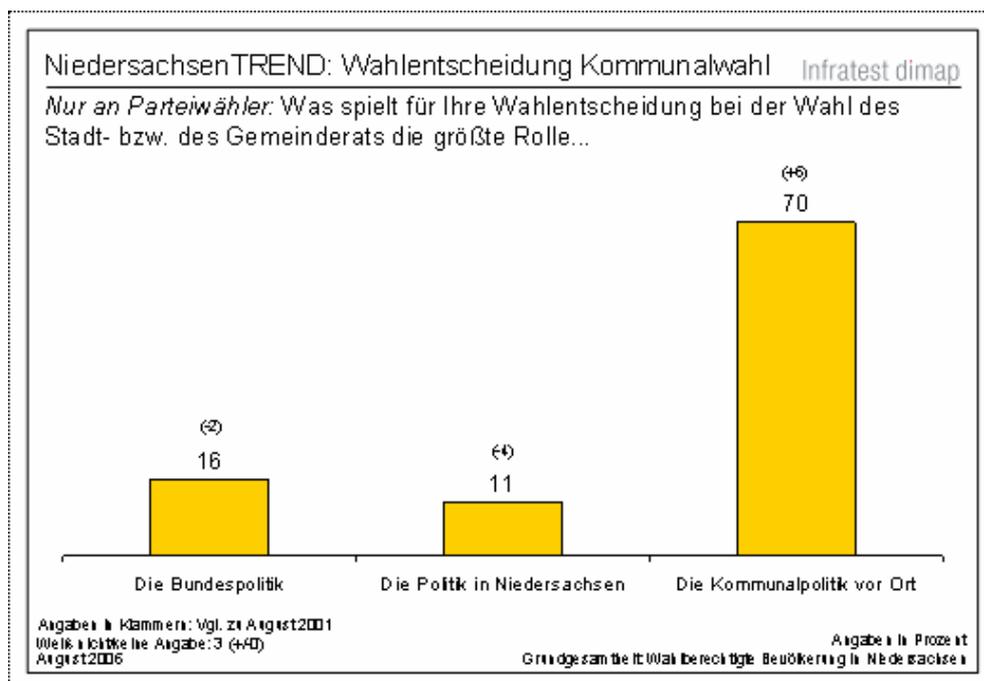
Kompetenzen	CDU	SPD	FDP	Grüne	L.PDS	Keiner Partei/ weiß nicht
Die Wirtschaft in Niedersachsen voranbringen	48 (-3)	20 (+3)	7 (+1)	1 (+/-0)	1 (+1)	22 (-1)
Die Verschuldung des Landes verringern	41 (-7)	13 (+/-0)	6 (+1)	1 (+/-0)	1 (+1)	37 (+5)
Arbeitsplätze in Niedersachsen sichern und schaffen	40 (-2)	23 (+5)	6 (+1)	1 (-1)	1 (+/-0)	28 (-3)
Eine gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	36 (-1)	28 (-1)	6 (+1)	6 (+2)	2 (+1)	21 (-2)
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	23 (+/-0)	42 (-3)	5 (+1)	6 (+2)	3 (+1)	19 (-1)
Die Zukunftsprobleme Niedersachsen lösen	35 (-3)	23 (+3)	3 (+/-0)	4 (+1)	1 (+/-0)	32 (-1)

⁵³ Infratest-dimap 2006, LänderTREND Niedersachsen August 2006, S. 1, <http://www.infratest-dimap.de/?id=156>

Auch die Zustimmungswerte zur schwarz-gelben Landesregierung sind etwas rückläufig. Gleichwohl sind weiterhin 45% der Befragten mit der Arbeit der Landesregierung sehr zufrieden bzw. zufrieden. Am unzufriedensten sind die Anhänger der Linkspartei/WASG, von denen 94% mit der Arbeit der Landesregierung weniger zufrieden bzw. gar nicht zufrieden sind, nur 4% stimmen der Tätigkeit des Wulff-Kabinetts zu.⁵⁴



Zwei Wochen vor den Kommunalwahlen machte eine überwiegende Mehrheit der befragten Niedersachsen, die zur Wahl gehen wollten (70%), deutlich, dass sie sich in ihrem Abstimmungsverhalten vorrangig an kommunalen statt an landes- oder bundespolitischen Fragen orientieren wollen.



⁵⁴ Infratest dimap 2006, Niedersachsen-TREND, a.a.O., S. 2.

Bundespolitik sollte bei nur 16%, die niedersächsische Landespolitik gar nur bei jedem Zehnten (11%) maßgeblich sein. Im Vergleich zur vorangegangenen Kommunalwahl im Jahre 2001 nahm die Bedeutung der lokalen Politik zu (+6%), die der Bundespolitik um 2% und die der landespolitischen Themen um 4% ab.⁵⁵

Von den wahlbereiten Niedersachsen erklärten zudem 55%, dass weniger die parteipolitische Bindung (14%) oder die Kandidatinnen und Kandidaten (29%) im Vordergrund bei der Wahlentscheidung stehen, sondern vielmehr sachpolitische Gründe.

1.1. WASG und Linkspartei.PDS im Kommunalwahlkampf Niedersachsens

Die Linke war mit insgesamt rund 800 Kandidatinnen und Kandidaten in 38 der 47 Wahlkreise angetreten – meist in Form eines Bündnisses aus Linkspartei, WASG und Vertretern von anderen Organisationen und Initiativen. In einer Stadt und einem Kreis kandidierten Linkspartei und WASG allerdings auch gegeneinander – sie blieben in beiden Fällen erfolglos.

Neben der Vielzahl kommunaler Wahlprogramme sprachen sich Linkspartei und WASG im Wahlkampf für längeres gemeinsames Lernen, gegen Privatisierung sowie für einen Mindestlohn aus. Sie setzten damit Schwerpunkte in den Bereichen, in denen ihnen Glaubwürdigkeit zugesprochen wurde.

Der finanzielle Mitteleinsatz - zum einen die Unterstützung in der Fläche und zum anderen die zusätzliche Unterstützung der so genannten Leuchttürme - hat sich nach Auffassung der beiden Landesvorstände der Parteien als „zweckmäßig und effektiv“ herausgestellt. *„So konnten in der Fläche die zum größten Teil erstmaligen Kandidaturen unterstützt werden, was zudem eine in der Regel gute Berichterstattung in den regionalen Medien zur Folge hatte. Die Sonderförderung der Kreisverbände Braunschweig, Oldenburg, Hannover und Göttingen hat dazu beitragen können, dass die vorhandenen Strukturen und Positionen in den Kommunalparlamenten ausgebaut und gefestigt werden konnten, was sich in den Ergebnisse deutlich widerspiegelt. Die überregionalen Medien nahmen in ihrer Berichterstattung gerade die Ergebnisse dieser Leuchttürme zum Anlass, über die Berichterstattung der Kommunalwahlergebnisse in Niedersachsen aus Sicht der LINKEN zu berichten. Desweiteren hat diese Förderung gerade in den Kreisverbänden Hannover und Göttingen dazu beitragen können, dass eine Ausstrahlung auch in die Fläche gelingen konnte - betrachtet man die Ergebnisse in der Region Hannover und im Landkreis Göttingen.“*⁵⁶

2. Das Wahlergebnis vom 10. September 2006

Bei der letzten Kommunalwahl im Jahr 2001 wurde die CDU mit 42,6% der Sitze in den Kreistagen und Räten kreisfreier Städte stärkste Partei vor der SPD mit 38,6%. Die Wahlbeteiligung war mit 56,2% die niedrigste aller bis dahin stattgefundenen niedersächsischen Kommunalwahlen.

Die 6,36 Millionen Wahlberechtigten haben diesen Trend am 10. September 2006 bestätigt. Die Wahlbeteiligung sank noch einmal um mehr als 4% auf nunmehr 51,8% und damit auf ein neues Rekordtief.

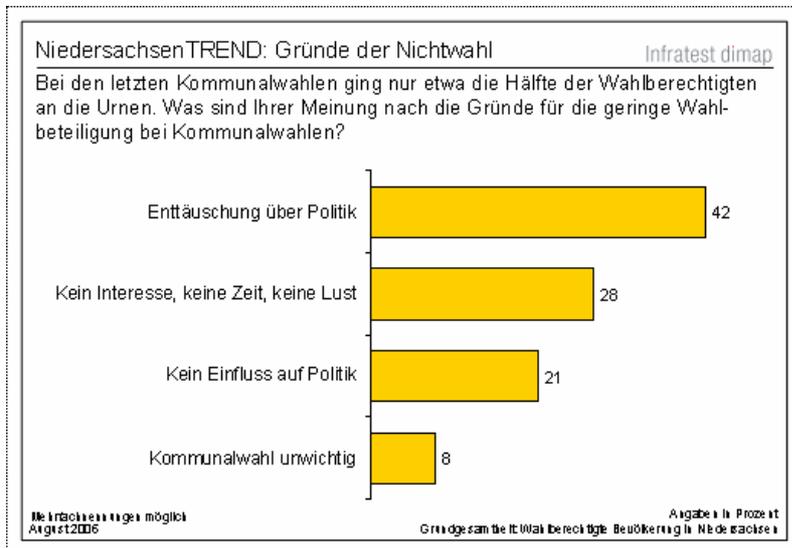
Wie Infratest dimap ermittelte, betrachten die Niedersachsen als zentralen Grund hierfür eine hohe Unzufriedenheit mit den Leistungen der Politik (42%), deren negative Impulse in erster Linie von der Bundespolitik ausgehen (25%) und erst danach von der Landespolitik (16%) und am wenigsten von Kommunalpolitik (15%).

⁵⁵ Infratest dimap 2006, Niedersachsen-TREND, a.a.O., S. 4.

⁵⁶ Michael Ohse/Gerd Nier/Patrick Humke 2006, Analyse der Kommunalwahlergebnisse 2006 der LINKEN Wahlantritte in Niedersachsen, Linkspartei.PDS und WASG-Niedersachsen, S. 1.

Weitere Gründe sind:

- Ausgeprägtes Desinteresse bzw. Gleichgültigkeit gegenüber dem politischen Geschehen (28%),
- dem Gefühl, keinen Einfluss auf die Politik zu haben (21%),
- der Einschätzung, dass der Kommunalpolitik generell eine geringe Bedeutung beigemessen wird (8%).



Erwartungsgemäß konnte die CDU ihre seit 1974 behauptete Position als stärkste kommunalpolitische Kraft erneut verteidigen. Sie erhielt bei den Wahlen zu den Kreistagen und den Räten der kreisfreien Städte landesweit 41,3%. Allerdings mit seit Jahren abnehmender Tendenz. Am Kommunalwahlsonntag stimmten wiederum 1,3% weniger für die Niedersachsen-Union.

Als zweitstärkste Kraft mit ebenfalls sinkender Tendenz bewährte sich erneut die SPD.

Sie liegt mit 36,6% rund 5% hinter der Union und verlor gegenüber der Wahl vor fünf Jahren 5%.

Diese Durchschnittszahlen verdecken allerdings die erheblichen Ausschläge nach oben oder unten in einzelnen Städten, Gemeinden oder Kreisen, mit denen die von Infratest dimap identifizierte Orientierung an kommunalen Themen bestätigt wurde. So gewann die SPD, wie in den vergangenen 60 Jahren die Bürgermeisterwahl in Hannover. Dort setzte sich der bisherige Stadtkämmerer Stephan Weil im ersten Wahlgang mit 52,3 % als neues Stadtoberhaupt durch. Er wird damit Nachfolger des dienstältesten deutschen Oberbürgermeisters Herbert Schmalstieg, der nach mehr als 34-jähriger Amtszeit nicht mehr kandidierte. In Emden erreichte die SPD über 50% der Stimmen. Sie verfügt im Bundesgebiet nur noch in zwei Städten in NRW über solche Zustimmungswerte.

Profitieren von den Einbußen der Großen konnten die Kleinen: allen voran die freien Wählergruppen, die bei den Kreiswahlen um 1,6 %punkte auf nun 6,5% zulegen. Bei den Wahlen zu den Gemeinde- und Stadträten konnten sie landesweit 10,3% verbuchen, ein Zuwachs um 1,3%. Sieger unter den Parteien waren die Grünen, die bei den Kreiswahlen um 1,1% auf nun 7,8% zulegen.

Die FDP verbesserte ihr Ergebnis von 2001 um einen halben %punkt und liegt nun bei 6,7%. Ihr Ziel, die Grünen vom dritten kommunalpolitischen Platz zu verdrängen, konnten sie nicht erreichen. Die Grünen wiederum konnten diesbezüglich Erfolg vermelden – sie blieben, wenn auch knapp, drittstärkste Kraft. Diese Reihenfolge wird u.a. durch die jüngste Sonntagsfrage bestätigt, die die Grünen mit 9% (+2) vor der FDP mit 8% (+/-0) sieht.

2.1. Das Wahlergebnis von WASG und Linkspartei.PDS und seine Bewertung

Für die Linkspartei.PDS und die WASG, die in der Regel zusammen antraten bzw. gemeinsam linke Bündnislisten stützten, stellt sich die Kommunalwahl als Erfolg dar. Zu keinem Zeitpunkt in den vergangenen 16 Jahren waren in die niedersächsischen Kommunalvertretungen so viele Abgeordnete links von der SPD gewählt worden. Der Anspruch, flächendeckend kommunal Einfluss zu nehmen, wurde erreicht. Für die Kompetenzentwicklung und die Wahrnehmbarkeit der neuen Linkspartei ist dies von großer Bedeutung.

Übergreifende sozialstrukturelle Daten liegen bei Kommunalwahlen in der Regel nicht vor. Die vom Sozialforschungsinstitut agis e.V. der Universität Hannover erhobenen Daten für die dortigen Regions-Wahlen werfen zumindest ein kleines Schlaglicht.

Der dortige Regionspräsidentenkandidat der Linkspartei.PDS, Stefan Müller, gewann innerhalb der Stadt Hannover vor allem in Gebieten, in denen prekäre Lebenslagen häufig sind:

- hohe Anteile von Arbeitslosen
- hohe Anteile von Sozialhilfeempfängern
- hohe Ausländeranteile

Aber auch in Gebieten mit vielen Angehörigen des Milieus der „bürgerlichen Mitte“ kann das Linksbündnis der SPD und in Gebieten mit vielen Angehörigen des „hedonistischen“ Milieus“ (junge, moderne Trendsetter) oder einem hohen Anteil von Altbauwohnungen den GRÜNEN Stimmen streitig machen.⁵⁷

Im Umland der Stadt Hannover gewann Müller vor allem in Gebieten, in denen auch die SPD stark ist, also:

- hohe Anteile ausländischer Bevölkerung
- hohe Anteile von alleinerziehenden Eltern
- hohe Anteile von Kleinwohnungen
- unterdurchschnittliche Wohnfläche pro Person
- hohe Anteile an Wohnungen der 60er Jahre.⁵⁸

Der Oberbürgermeisterkandidat der Linkspartei.PDS, Michael Hans Höntsch gewann vor allem in Gebieten, in denen die SPD stagniert und erreichte vor allem in prekären Lagen lebende Gruppen:

- hohe Anteile von Arbeitslosen
- hohe Anteile von Sozialhilfeempfängern
- hohe Ausländeranteile.

Wie Müller konnte er aber auch die Milieus der bürgerlichen Mitte sowie das hedonistische Milieu erreichen.⁵⁹

Wie in Hessen wurde auch in Niedersachsen aus dem Kommunalwahlergebnis unmittelbar der Schluss gezogen, dass man bei der nächsten Landtagswahl im Jahre 2008 nicht nur zur Wahl antreten, sondern auch mit hoher Wahrscheinlichkeit in den Landtag einziehen wird. Dieses Ziel ist sicherlich richtig und aus dem Anspruch des neuen Linksprojekts heraus auch logisch. Freilich dürfte die Erreichung des Ziels, in den Landtag einzuziehen und zur Abwahl von schwarz-gelb beizutragen, weiterhin ausgesprochen voraussetzungsvoll bleiben.

Die Linkspartei hat zwar nach Angaben des Instituts für Wahl-, Sozial- und Methodenforschung Ulm, im Vergleich zur Kommunalwahl 2001 rund 30.000 Stimmen hinzugewonnen, davon 10.000 aus dem Nichtwählerlager und 20.000 von der SPD.

Im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 verlor sie jedoch 120.000 Stimmen (1,9% aller Wahlberechtigten) an die NichtwählerInnen und gab 10.000 Stimmen wieder an die SPD zurück und verlor weitere 10.000 an Freie WählerInnengruppen.

Daraus lässt sich zweierlei schließen:

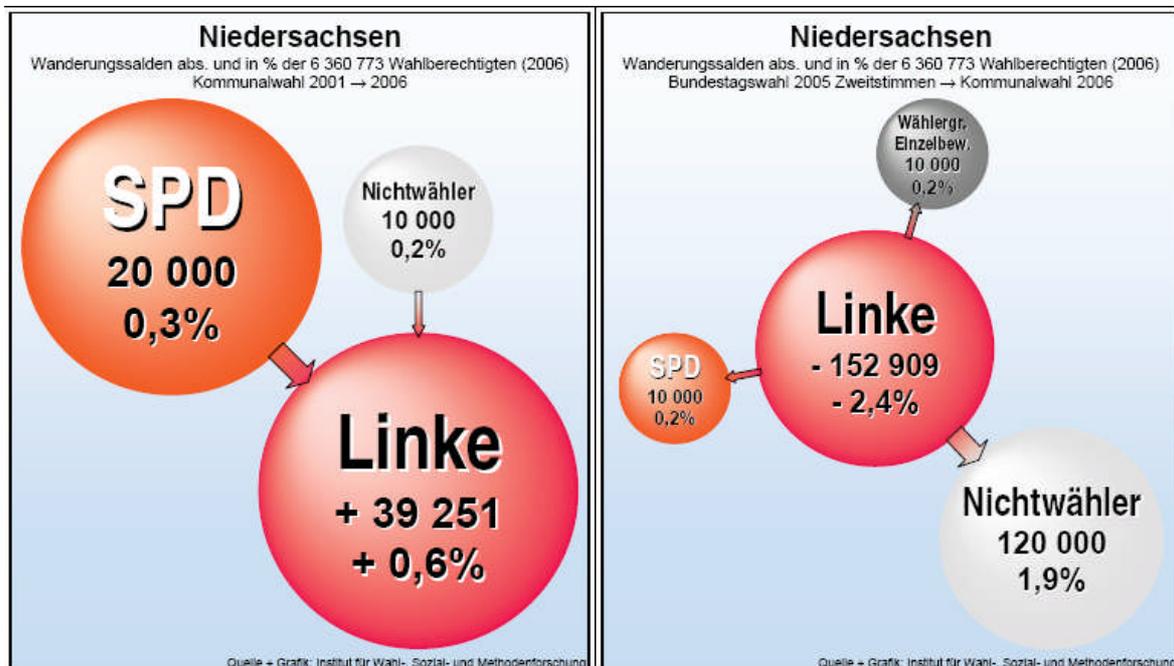
- dass der maßgebliche Beitrag zum herausragenden Bundestagswahlergebnis, die Mobilisierung von Nichtwählerinnen und Nichtwählern nicht beliebig wiederholbar ist,

⁵⁷ Sozialforschungsinstitut agis 2006, Hannover hatte die Wahl. Kommunalwahl am 10. September 2006, Bd. 1, Kapitel 4: Das Wahlverhalten in sozialstrukturellen Schwerpunktgebieten der Landeshauptstadt Hannover, S. 2.

⁵⁸ Sozialforschungsinstitut agis 2006, a.a.O., Bd. 1, Kapitel 6: Das Wahlverhalten in sozialstrukturellen Schwerpunktgebieten im Umland der Landeshauptstadt Hannover, S. 3.

⁵⁹ Sozialforschungsinstitut agis 2006, a.a.O., Bd. 2, Kapitel 4: Das Wahlverhalten in sozialstrukturellen Schwerpunktgebieten der Landeshauptstadt Hannover, S. 2.

- dass bei früheren SPD-WählerInnen, die 2005 zur Linkspartei.PDS wechselten, die Wahlentscheidung nicht dauerhaft stabil ist, sondern flexibel angepasst wird.
- Gelingt es der Linkspartei.PDS und der WASG nicht, die SPD-WählerInnengruppe stabil zu gewinnen und für Nichtwählerinnen und –wähler eine wirkliche Wahl-Alternative darzustellen, hätte dies nachhaltige Konsequenzen bei künftigen Wahlen aber auch für das Projekt einer neuen Linken generell.



Hinzu kommt, dass es der hessischen Linkspartei bzw. WASG in mehreren Städten, darunter Frankfurt, Offenbach, Kassel, Marburg und Gießen gelang, die 5%-Hürde zu nehmen. In Niedersachsen gelang es allein in Goslar, Göttingen und Oldenburg über 5% zu kommen. In den niedersächsischen Groß- und Mittelstädten wie Hannover, Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg blieben die Linkspartei.PDS- und WASG-Listen jeweils unter der für die Bundestags- und Landtagswahl wichtigen Sperrklausel.

Andererseits verdeckt die in der Öffentlichkeit debattierte Zahl von 0,8% für die Linkspartei.PDS- und WASG-Listen bei der Kommunalwahl, dass bei der Infratest dimap-Sonntagsfrage im August 2006 immerhin 4% der befragten Wahlberechtigten ihre Stimme der Linkspartei.PDS gegeben hätten.

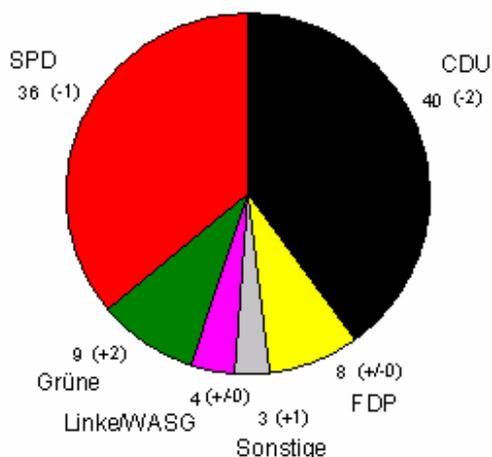
Auch wenn die Sonntagsfrage aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten misst, insoweit also einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung abbildet, lassen sich daraus Rückschlüsse ziehen. Gerade weil Landes- und Bundespolitik bei der kommunalen Stimmabgabe nachrangig bei der Wahlentscheidung waren und kommunale Kompetenz sowie die Person der Kandidatinnen und Kandidaten im Zentrum standen, konsolidierte sich die Linkspartei, wenn auch auf vergleichsweise noch niedrigem Niveau. Bei den Landtagswahlen sind ggf. andere Gesichtspunkte wahlentscheidend, womit die Wahlchancen der Linkspartei steigen können.⁶⁰

⁶⁰ Vgl. die Debatte um die Funktion von Landtagswahlen als „Denkzettelwahlen“. Pro: Frank Decker/Julia von Blumenthal 2002, Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001, in: ZParl Heft 1, S. 144-164; Contra: Daniel Hough/Charlie Jeffery 2003, Landtagswahlen: Bundestestwahlen oder Regionalwahlen?, in: ZParl Heft 1, S. 79-94.

NiedersachsenTREND: Sonntagsfrage

Infratest dimap

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag hier in Niedersachsen Landtagswahl wäre?



Angabe in Klammern: Vgl. zu Februar 2006
August 2006

Angabe in Prozent
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Niedersachsen

Abb. ? : Wanderungssalden Bundestagswahl 2005 bzw. Kommunalwahl 2001 zur Kommunalwahl 2006

Niedersachsen				Niedersachsen			
Die wichtigsten Wanderungssalden				Die wichtigsten Wanderungssalden			
Bundestagswahl '05 Zweitstimmen	→ Kommunalwahl '06	Wähler	% der Wahl- berechtigten	Kommunalwahl '01	→ Kommunalwahl '06	Wähler	% der Wahl- berechtigten
SPD	→ Nichtwähler	970 000	15,2%	CDU	→ Nichtwähler	140 000	2,2%
CDU	→ Nichtwähler	430 000	6,8%	SPD	→ Nichtwähler	120 000	1,9%
FDP	→ Nichtwähler	170 000	2,7%	SPD	→ GRÜNE	20 000	0,3%
GRÜNE	→ Nichtwähler	160 000	2,5%	SPD	→ Linke	20 000	0,3%
Linke	→ Nichtwähler	120 000	1,9%	CDU	→ FDP	20 000	0,2%
FDP	→ CDU	60 000	0,9%	FDP	→ Nichtwähler	20 000	0,2%
SPD	→ Wählergr./Einzel.	60 000	0,9%	Wählergr./Einzel.	→ Nichtwähler	10 000	0,2%
CDU	→ Wählergr./Einzel.	40 000	0,6%	SPD	→ Wählergr./Einzel.	10 000	0,2%
Rechte	→ Nichtwähler	30 000	0,5%	Nichtwähler	→ Linke	10 000	0,2%
Nichtwähler	→ Wählergr./Einzel.	20 000	0,3%	CDU	→ Wählergr./Einzel.	10 000	0,1%
FDP	→ Wählergr./Einzel.	10 000	0,2%	Rechte	→ Nichtwähler	10 000	0,1%
SPD	→ GRÜNE	10 000	0,2%	GRÜNE	→ Nichtwähler	0	0,1%
GRÜNE	→ Wählergr./Einzel.	10 000	0,2%	GRÜNE	→ Linke	0	0,1%
Linke	→ Wählergr./Einzel.	10 000	0,2%	FDP	→ Linke	0	0,0%
Linke	→ SPD	10 000	0,2%	CDU	→ Linke	0	0,0%
Wahlberechtigte (2006)		6 360 773	100,0%	Wahlberechtigte (2006)		6 360 773	100,0%

Quelle + Grafik: Institut für Wahl-, Sozial- und Methodenforschung

Quelle + Grafik: Institut für Wahl-, Sozial- und Methodenforschung

Tab. 23: Die Ergebnisse der Linkspartei.PDS- und WASG-Listen bei der Kommunalwahl 2006

Kreistag /Regionalrat /Samtgemeinde	Stadt-/Gemeinderat	Stadtbezirksrat /Ortsrat	Listenname	%	Sitze
Aurich	Adendorf		Die Linke.	2,3	1
	Aerzen		Die Linke.	4,5	1
	Amt Neuhaus		Die Linke.	9,7	1
			Die Linke.	4,5	2
	Aurich (Ostfriesland)		Die Linke.	3,8	2
	Bad Gandersheim		Die Linke.	2,5	1
	Bad Nenndorf		Linksbündnis	2,1	1
	Bardowick		Die Linke.	3	1
	Braunschweig		Die Linke.	4,4	2
		BS-Nordstadt	Die Linke.	5,0	1
		BS-östl. Ringgebiet	Die Linke.	6,1	1
		BS-Südstadt	Die Linke.	3,7	1
		BS-Viewegs Garten	Die Linke.	7,2	1
		BS-Wabe. Schunter	Die Linke.	5,4	1
Celle		BS-westl. Ringgebiet	Die Linke.	10,7	2
		BS-Weststadt	Die Linke.	5,7	1
		Brockzetel/Wiesens	Die Linke.	10,5	1
	Buchholz		Die Linke.	k.A.	1
	Burgdorf		Das Linksbündnis	3,8	1
	Buxtehude		Die Linke.	3,4	1
			Bündn. soz. Gerecht.	1,2	1
		Celle	Bündn. soz. Gerecht.	1,4	1
		Cuxhaven	Linke Alternative	3	1
		Delmenhorst	Linke Alternative	3,3	1
Diepholz			Die Linke.	1,1	1
	Einbeck		Die Linke.	1,8	1
	Emden		Die Linke.	3,8	2
Friesland	Eschede		Bündn. soz. Gerecht.	2,7	1
			Das Linksbündnis	1,3	1
	Garbsen		Das Linksbündnis	2	1
Goslar		Geismar	Göttinger Linke	5	1
	Georgsmarienhütte		Die Linke.	3,2	1
			Goslarer Linke	3,8	2
Göttingen	Goslar		Goslarer Linke	5,8	2
			Die Linke.	3,8	2
Hameln-Pymont	Göttingen		Göttinger Linke	6,8	3
		Göttingen-Grone	Göttinger Linke	4,9	1
	Großefehn		Die Linke.	2,6	1
			Linke Alternative	2,6	1
Hannover	Handorf		Die Linke.	4,2	1
			Das Linksbündnis	3,1	3
	Hannover		Das Linksbündnis	4,6	3
		H-Ahlem-Badenstedt	Das Linksbündnis	3,6	1
		H-Döhren-Mittelfeld	Das Linksbündnis	3,2	1
		H-Kleefeld-Buchholz	Das Linksbündnis	4,1	1
		H-Linden-Limmer	Das Linksbündnis	12,2	2
		H-Mitte	Das Linksbündnis	5,1	1
		H-Nord	Das Linksbündnis	8,7	2
		H-Ricklingen	Das Linksbündnis	3,9	1
		H-Südstadt-Bult	Das Linksbündnis	3,5	1
		H-Vahrenwald-List	Das Linksbündnis	5,6	1
	Harburg-Land Helmstedt	Hann.-Münden		Die Linke.	2
			WASG	2,2	1
			Die Linke.	1,4	1
Hesel			Die Linke.	k.A.	1
Hildesheim			Linke Alternative	1,8	1
Holtriem			Die Linke.	k.A.	1
Königslutter			Die Linke.	3,1	1
Leer		Königslutter	Die Linke.	4,9	1
			Linke Alternative	1,6	1
	Leer		Linke Alternative	2,3	1
Lüneburg	Lehrte		Das Linksbündnis	2,8	1
			Die Linke.	3,5	2

Der Autor

- **Benjamin-Immanuel Hoff** (*1976) ist Sozialwissenschaftler und tätig als Leiter der Bund-Länder-Koordination der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Kontakt: benjamin.hoff@linksfraktion.de

Bisher erschienene Wahl- und Umfrageanalysen

- **Reichstagswahl in Schweden 2006**
Sonder-Wahlbericht von Benjamin-Immanuel Hoff, September 2006
- **Linkspartei und WASG bei den Wahlen vom 26. März 2006**
Wahlbericht von Benjamin-Immanuel Hoff (mit Dr. Thomas Falkner)
- **Ergebnisse der Bundestagswahl vom 18. September 2005**
Wahlbericht von Benjamin-Immanuel Hoff (mit Steffen Twardowski)
- **Die PDS und die Landtagswahl in NRW vom 22. Mai 2005**
Wahlbericht von Benjamin-Immanuel Hoff
- **Parlamentswahl in Dänemark 2005**
Sonder-Wahlbericht von Benjamin-Immanuel Hoff, Februar 2005
- **Die PDS und die Europawahl vom 16. Juni 2004**
Wahlbericht von Benjamin-Immanuel Hoff
- **Schlussfolgerungen aus der Forsa-Umfrage zu den Grünen in Berlin**
Vermerk von Benjamin-Immanuel Hoff, September 2003
- **Die PDS und die Bundestagswahl vom 22. September 2002**
Wahlanalyse von Benjamin-Immanuel Hoff

Die Wahlanalysen sind abrufbar unter: <http://www.benjaminhoff.de/themen/wahlen>.